

gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Dafür stellen wir jährlich 40 Millionen Euro zur Verfügung.

Der öffentliche Nahverkehr ist das Rückgrat sauberer Mobilität. Damit das so weitergeht, steigern wir die Qualität des Bahnfahrens auch weiterhin.

Ich komme drittens zur Straße. Die Landesregierung hält unsere Infrastruktur in Schuss. Noch nie wurde in Nordrhein-Westfalen so viel Geld für die Sanierung und Modernisierung von Straßen bereitgestellt. Waren es 2017 noch 127 Millionen Euro, so sind es in 2022 213 Millionen Euro. Das ist eine Steigerung um 67 %.

Auch die Mittel für den Neu- und Ausbau von Landesstraßen steigen im kommenden Jahr auf insgesamt 72 Millionen Euro. Aber – der Kollege Reuter hat es gesagt – das sind immer noch 30 Millionen weniger als für den Radverkehr.

Am meisten investieren wir dabei in Ortsumgehungen. So halten wir Autos und Lastkraftwagen aus den Städten und Gemeinden heraus. Das sorgt für bessere Luft, mehr Lebensqualität und mehr Verkehrssicherheit. Ich wundere mich immer wieder, dass die Grünen ausgerechnet dies so energisch ablehnen. Ich kann es nicht begreifen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Menschen in Nordrhein-Westfalen erwarten zu Recht eine bequeme, schnelle und im besten Fall klimaneutrale Mobilität. Dafür müssen wir passgenauere und bessere Angebote machen. Das tun wir mit Mobilität 4.0. Digital buchbare On-Demand-Verkehre, automatisiert fahrende Bahnen und Busse und der eTarif, den die Verkehrsverbünde mit Förderung des Landes Nordrhein-Westfalen noch in diesem Jahr einführen werden, tragen dazu bei. Der Fahrgast checkt dann mit einem Smartphone ein und zahlt neben einem Grundpreis die Fahrtstrecke nach Luftlinie. Einfacher und fairer geht es nicht.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich bin heute seit vier Wochen Verkehrsministerin in Nordrhein-Westfalen. Es ist mir bisher ein großes Vergnügen gewesen. Ich bin sicher, dass sich das auch so fortsetzen wird. Ich habe in den vergangenen vier Wochen sehr interessante Projekte in Stadt und Land gesehen, in denen das Geld, das uns der Landtag zur Verfügung stellt, auf sehr sinnvolle Art und Weise zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger eingesetzt wird. Ich hoffe, dass wir mit dieser Arbeit gemeinsam so weitermachen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15709, den Einzelplan 09 unverändert anzunehmen.

Wir stimmen aber zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/15746 ab. Wer möchte diesem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen? – Das sind die Damen und Herren der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/15746**, wie festgestellt, **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/15747 ab. Wer möchte hier zustimmen? – Das ist wieder die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/15747** **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens über den Einzelplan 09, Ministerium für Verkehr, ab. Wir kommen also zur Abstimmung über den Einzelplan 09 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 09 in zweiter Lesung angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 08 Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung

Ich weise hin auf:

- a) die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15708,
- b) die Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksachen 17/15725 – Neudruck – und 17/15726 sowie
- c) den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/15745.

Damit starten wir in den Bereich:

a) Kommunales

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2022 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 – GFG 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14702

Beschlussempfehlung
des Haushalts-
und Finanzausschusses
Drucksache 17/15717

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14304

Beschlussempfehlung
des Ausschusses
für Heimat, Kommunales,
Bauen und Wohnen
Drucksache 17/15583

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD dem Abgeordneten Kämmerling das Wort.

Stefan Kämmerling (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Guten Morgen zusammen! „GFG“ ist die Abkürzung für das Gemeindefinanzierungsgesetz. Dieses besprechen wir heute. Alle, die Politik machen, wissen, was das ist.

Wenn wir uns in unseren Reden dann gegenseitig bewiesen haben, wie sehr wir beim GFG bis ins letzte Detail im Thema sind, versteht uns da draußen in aller Regel kein Mensch mehr. Darum mache ich es heute mal anders und erkläre es in meiner Rede so, dass auch mal jemand da draußen außer uns Berufspolitikern versteht, worum es hier eigentlich geht.

Es gibt also dieses Gesetz, und das heißt abgekürzt GFG.

Man kann sich das so vorstellen, dass die Landesanteile an den Gemeinschaftssteuern alle zusammen in einen großen Topf kommen. 2022 ist der Topf rund 58 Milliarden Euro schwer.

In dem Gesetz, dem GFG, steht, dass 23 % davon an die Kommunen in unserem Land überwiesen werden. Sie haben nämlich wichtige Aufgaben, und die kosten Geld. 2022 bekommen sie also rund 14 Milliarden Euro.

Weil Corona bei den Kommunen ein Loch in die Kassen reißt, hätten sie eigentlich weniger als 14 Milliarden Euro bekommen. Darum haben CDU und FDP vorgeschlagen, knapp 550 Millionen Euro mehr dort

reinzupacken. 2021 haben CDU und FDP wegen Corona schon mal knapp 950 Millionen Euro dort reingepackt.

Damit, dass sie das tun, machen CDU und FDP ganz viel Werbung. Was sie nicht sagen: In diesem Gesetz mit den drei Buchstaben, dem GFG, steht, dass die Kommunen die 550 Millionen Euro und die 950 Millionen Euro wieder an das Land zurückzahlen müssen. Das sind also gar keine richtigen Hilfen, sondern Kredite.

Dabei hat der Landtag für die ganzen Coronaschäden einen Rettungsschirm beschlossen. Darin sind viele Millionen Euro. Für den eigenen Landeshaushalt nehmen CDU und FDP da einfach Geld raus. Dann sieht es so aus, als wäre der Haushalt ganz wunderbar in Ordnung.

Das könnte man auch für die Kommunen so machen; denn sie haben es ohnehin schwer genug. Das wollen CDU und FDP aber nicht, und darum gibt es nur Kredite.

Jetzt haben wir schon gelernt, wie trickreich CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen sind. Es geht aber noch weiter. Sie sagen nämlich, dass sie unsere Kommunen auch langfristig in Sachen „Corona“ helfen. So haben sie einen Buchungstrick erfunden. Mit dem können die armen Kommunen – eine andere Wahl haben sie gar nicht – 50 Jahre lang so tun, als würde Corona gar kein Geld kosten. CDU und FDP überweisen dafür keinen Cent. Aber sie tun trickreich so.

Fast 1,8 Milliarden Euro sind so bis Ende 2020 einfach verschwunden. Bis Ende 2022 werden es knapp 6 Milliarden Euro sein. Sie sind dann ebenfalls verschwunden. In der Wirtschaft hieße das „Bilanzfälschung“. Die armen Kommunen bleiben auf den Schulden sitzen. CDU und FDP nennen das „COVID-19-Isolierungsgesetz“ und machen damit vor Ort kräftig Werbung.

In dem Gesetz mit den drei Buchstaben, dem GFG, ist übrigens auch geregelt, wie genau das Geld verteilt wird. Ganz viel Geld wird danach verteilt, wie groß die Bedürftigkeit einer Stadt oder Gemeinde ist. Vergleichsweise wenig wird unabhängig davon verteilt, wie arm oder reich eine Kommune ist, weil es auch so etwas wie Grundausgaben gibt. Diese bestreitet zu Recht niemand; so war das System jedenfalls bislang immer. Das Prinzip dahinter nennt man „Solidarität“.

Aber das finden CDU und FDP nicht so gut. Darum nehmen sie bedürftigen Kommunen Geld weg und verteilen es an vergleichsweise weniger bedürftige Kommunen um.

Das sorgt für Streit innerhalb der Kommunen. Das ist CDU und FDP aber egal. Vor Ort sagen sie dann, sie gäben Städten und Gemeinden mehr Geld für Investitionen. Dass sie vorher das Geld anderen Kom-

munen weggenommen haben, sagen sie aber nicht; denn sie sind trickreich.

Dann gibt es da noch einen Verteilungsschlüssel, der etwas mit den Steuern in den Kommunen zu tun hat. Damit kein Stadt- oder Gemeinderat auf die schlechte Idee kommt, es so zu gestalten, dass die eigene Kommune mehr Geld bekommt, als ihr zustünde, hat man etwas erfunden, sozusagen einen Schutz. Man nennt ihn „fiktive Hebesätze“.

Diese sind eigentlich richtig gut. Aber CDU und FDP gefallen sie nicht. Darum ändern sie jetzt etwas daran, und zwar so, dass eher kleinere Städte noch geschützt sind und profitieren und eher größere Städte nicht mehr geschützt sind und jetzt die Suppe auslöfeln müssen.

Das finden CDU und FDP nicht so schlimm, weil irgendwann ein Gericht darüber entscheiden wird – aber erst nach der Landtagswahl 2022. Dann haben die Menschen draußen das schon alles vergessen.

Vielleicht bekommt es ja wirklich niemand im Land vorher mit. Wer die Rede gehört hat, hat aber die Chance, es zumindest verstanden zu haben.

(Beifall von der SPD)

Meine Rede zum GFG war nun keine, die Fachleute beeindrucken wird. Das ist mir aber herzlich egal; denn das hier ist das Haus der Bürgerinnen und Bürger, nicht der Fachleute. Jeder hat jetzt verstanden, wie von FDP und CDU beim GFG getrickt wird. Im Mai 2022 hat man die Möglichkeit, das alles wieder geradezurücken. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU spricht nun der Abgeordnete Sträßer.

Martin Sträßer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Für unsere Städte und Kreise sind der Einzelhaushalt 08 mit seinen 1,5 Milliarden Euro Ausgaben und vor allem das Gemeindefinanzierungsgesetz mit einer Finanzausgleichsmasse von über 14 Milliarden Euro neben der Erhebung eigener kommunaler Steuern und Abgaben wesentliche finanzielle Grundlagen.

Die kommunale Ebene übernimmt vor Ort als untere Verwaltungsebene Pflichtaufgaben für Bund und Land. Daneben prägt sie mit der Wahrnehmung sogenannter freiwilliger Aufgaben maßgeblich das Leben der Menschen vor Ort. Kurzum: Die Bedeutung der Kommunen für Daseinsvorsorge und Heimatgefühl, für erfolgreiche Unternehmen mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen sowie für eine bürgernahe Demo-

kratie und das Funktionieren unseres Gemeinwesens kann nicht hoch genug bewertet werden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Diese wertschätzende Einstellung gegenüber der kommunalen Ebene prägt seit der Regierungsübernahme 2017 die Politik dieser Landesregierung und der NRW-Koalition von CDU und FDP.

Die Kommunen mehr zu unterstützen, war auch eine zentrale Motivation für mein Engagement in der Landespolitik. Seit 1979 bin ich in den wunderschönen Städten Velbert und Wülfrath sowie im Kreis Mettmann kommunalpolitisch tätig. Ganz bewusst bin ich der Kommunalpolitik nach meiner Wahl in den Landtag treu geblieben. In diesen Jahrzehnten ehrenamtlichen Engagements habe ich mich durch viele Haushaltssicherungskonzepte gekämpft. Auch deshalb weiß ich nur zu gut, wie wichtig eine gute Gemeindefinanzierung für die Kommunen ist.

Nach viereinhalb Jahren Regierungspolitik kann ich feststellen, dass es – zumindest was die Landespolitik angeht – noch nie so gute Jahre für die Kommunen gegeben hat.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Jahr für Jahr haben wir die Finanzmittel für die Kommunen erhöht. Wir haben neue Programme auf den Weg gebracht, etwa für die Heimatförderung, für moderne Sportstätten, für Feuerwehren, für Kulturangebote, für die Schulen, für die Straßenunterhaltung und für vieles mehr.

In diesem Jahr helfen wir mit der neuen Klima- und Forstpauschale insbesondere Kommunen mit eigenem Waldbesitz und leisten damit auch einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung vor Ort.

In der Pandemie haben wir weitere Anstrengungen unternommen, um den Kommunen zu helfen. Das eben angesprochene COVID-Isolierungsgesetz ist eines der wichtigen Werkzeuge, das Kommunen hilft, überhaupt noch haushalterisch weiterarbeiten zu können.

Der Rettungsschirm, der Ausgleich von Gewerbesteuerausfällen, die Unterstützungen bei Impfungen und Tests, das Angebot von Lüftungsgeräten für die Schulen sowie zusätzliche Schulbusse im ÖPNV zeigen: Die Kommunen sind uns jede Anstrengung wert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

In diesem Jahr kam die Starkregenkatastrophe dazu. Sie hat viele Teile unseres Landes erheblich betroffen, darunter viele Menschen und Unternehmen in meinem Wahlkreis. Auch hier hilft das Land in außerordentlicher Weise – ebenso der Bund und die anderen Bundesländer in einer beispielhaften Solidaritätsaktion, für die wir sehr dankbar sind.

Einige Worte zum Langzeitthema „Altschulden“: Hätte der vermutlich nächste Bundeskanzler Olaf Scholz als Bundesfinanzminister sein Versprechen gehalten, wären wir auch beim Thema „Altschulden“ schon in dieser Legislaturperiode weitergekommen.

(Beifall von der CDU)

Ich freue mich, dass sich dieses Thema im gestern vorgestellten Koalitionsvertrag der Ampelkoalition wiederfindet, und hoffe sehr, dass der zukünftige Bundesfinanzminister Christian Lindner das Wort seines Vorgängers einlöst.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Henning Höne [FDP])

Als Land waren wir immer bereit, unseren Beitrag zu leisten, und sind es weiterhin. Dabei muss es aber nicht nur um eine Ablösung von der Vergangenheit gehen, sondern vor allem um eine Lösung für die Zukunft. Es muss vermieden werden, dass auf der kommunalen Ebene neue Schulden gemacht werden, weil der Bund den Kommunen die Kosten für die übertragenen Aufgaben nicht in ausreichendem Maße erstattet. Ich nenne als mahnendes Beispiel nur den Anspruch auf einen Platz im Offenen Ganztagsbetrieb der Schulen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Petra Vogt [CDU])

Zurück zu dem Einzelhaushalt 08 und dem Gemeindefinanzierungsgesetz: In der Summe bekommen die Kommunen im Jahr 2022 noch einmal deutlich mehr als im Jahr 2021, als wir bereits eine Rekordsumme bereitstellen konnten.

In diesem Jahr haben wir beim Verteilungsmechanismus des GFG zwei Änderungen vorgenommen, die uns gutachterlich dringend empfohlen wurden. Davon profitieren grundsätzlich alle Kommunen. Der kreisfreie Raum profitiert tendenziell von der Grunddatenaktualisierung. Der kreisangehörige Raum profitiert von den differenzierten Nivellierungshebesätzen.

Die Zeiten, in denen Land gegen Stadt und Groß gegen Klein ausgespielt wurden oder je nach Parteifarbe der Fokus nur auf das eine oder auf das andere gelenkt wurde, sind mit dieser Landesregierung jedenfalls vorbei.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Henning Höne [FDP])

Wir von der NRW-Koalition haben die ganze kommunale Ebene im Blick und nehmen die Sorgen aller Kommunen gleich ernst.

(Beifall von der CDU, Henning Höne [FDP] und Stephen Paul [FDP])

Das äußerst komplexe gegenwärtige System der Gemeindefinanzierung, die heftigen Diskussionen, die es immer wieder, auch diesmal, bei noch so kleinen Änderungen gibt, sowie der Aufwand, der dafür

betrieben werden muss – gleich mehrere umfangreiche Gutachten hat es gegeben –, lassen mich an dieser Stelle aber grundsätzlich die Frage stellen, ob die Gemeindefinanzierung nicht neu und einfacher gemacht werden kann, ...

Präsident André Kuper: Herr Kollege, die Redezeit ist überschritten.

Martin Sträßer (CDU): Danke. Ich komme gleich zum Ende.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Ist eh keine gute Rede! – Heiterkeit von der SPD)

... etwa durch eine gleiche Grundfinanzierung pro Einwohner für gleiche Leistungen kombiniert mit aufwandsabhängigen,

(Stefan Kämmerling [SPD]: Herr Kuper, setzen Sie sich durch! Wir sind auf Ihrer Seite!)

unterschiedlichen Erstattungen für ungleiche Belastungen. Darüber nachzudenken, wäre aus meiner Sicht eine ureigene und lohnende Aufgabe für dieses Parlament.

(Lachen von der SPD)

Ich persönlich könnte mir dafür sehr gut in der nächsten Legislaturperiode eine Enquetekommission vorstellen, in der ich gerne mitarbeiten würde.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Ja! – Lachen von Stefan Kämmerling [SPD])

Zusammenfassend zum Abschluss: Diese Landesregierung verfolgt das Ziel, den Kommunen mehr finanziellen Handlungsspielraum zu verschaffen.

(Zuruf von der SPD)

Der Landeshaushalt, der Einzelhaushalt und das Gemeindefinanzierungsgesetz sind dafür eindrucksvolle Belege.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Schiebung! – Heiterkeit bei der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist eine Missachtung des Präsidenten!)

Wir wollen starke Kommunen.

(Beifall von der CDU)

Starke Kommunen sind Heimat für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Starke Kommunen sind Fundamente unseres demokratischen Gemeinwesens.

Präsident André Kuper: Herr Kollege!

Martin Sträßer (CDU): Starke Kommunen sind unverzichtbar für ein starkes Land. Nur mit starken Kommunen ...

Präsident André Kuper: Ich schalte ...

Martin Sträßer (CDU): ... kommt Nordrhein-Westfalen weiter voran.

(Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Liebe Kolleginnen und Kollegen, dunkel war's, der Mond schien helle, als gestern um 23:30 Uhr das Plenum zu Ende ging. Warum sage ich das? Ich möchte an alle Kolleginnen und Kollegen inklusive der Landesregierung appellieren, stärker auf die Einhaltung der Redezeiten zu achten, damit wir hier nicht noch eine weitere Nachtschicht machen.

(Beifall von allen Fraktionen)

Wir haben eine Arbeitsgruppe familienfreundlicher Landtag. Gerade vor solch einem Hintergrund bitte ich wirklich intensiv darum, die Redezeiten einzuhalten.

Ich erteile als nächstem Redner für die Fraktion der Grünen dem Kollegen Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Sträßer, erst einmal auch von dieser Stelle aus meine Genesungswünsche und gute Besserung!

Ich möchte einen Aspekt aufgreifen, den Sie gerade in Ihrer Rede thematisiert haben. Sie haben über Heimat gesprochen. Ich hatte aber eher den Eindruck, dass Sie über Heimatfilme gesprochen haben. Sie wollten hier im Rahmen eines Übertüchens der wahren Verhältnisse eine heile Welt vorspiegeln, die es in Wirklichkeit nicht gibt, um sich der wahren Probleme dieses Landes nicht annehmen zu müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist kein adäquater Umgang mit dem Thema „Kommunalfinanzierung in Nordrhein-Westfalen“.

Weil Sie aus dem Kreis Mettmann kommen, will ich Ihnen das an zwei Stellen deutlich machen – und ich werde schon ein bisschen fuchtig, wenn ich sehe, wie man das klittern kann –: Diese Landesregierung hat einen Stärkungspakt übernommen, mit dem immerhin 5,6 Milliarden Euro Landesgeld zur Stärkung der kommunalen Haushalte übergeben worden sind. In Ihrem Koalitionsvertrag steht, dass Sie die Altschulden zu einer Altschuldenhilfe fortentwickeln wollten. Nicht der Bund oder Olaf Scholz oder irgendjemand, sondern Sie wollten das machen. Geschehen ist nichts, Sie haben sich der Problematik in dieser Legislaturperiode schlicht nicht angenommen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie haben aus dem Koalitionsvertrag zitiert, und da kommen wir an eine entscheidende Stelle. Wer das

kündigt liest, wird feststellen müssen, dass es auf diese Landesregierung ankommen wird, ob der Altschuldenfonds, der im Koalitionsvertrag angedeutet worden ist, Wirklichkeit wird. Es kommt nämlich darauf an, ob die B-Seite bereit ist, bestimmten Bundesländern mit eigenen Mitteln, mit einer Grundgesetzänderung oder mit einer neuen Struktur zu helfen.

Ich bin sehr gespannt, was Herr Wüst macht, ob er kooperativ ist, ob Frau Scharrenbach Konzepte auf den Tisch legt oder das passiert, was immer passiert ist: Die anderen werden dafür verantwortlich gemacht, dass gar nichts passiert ist. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann es nicht weitergehen.

(Beifall von Arndt Klocke [GRÜNE] – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir reden immerhin über 22 Milliarden Euro Altschulden; Kassenkredite plus die Coronakosten, die jetzt noch dazukommen. Deswegen ist es nicht in Ordnung, dass die Mittel im Gemeindefinanzierungsgesetz nun erneut kreditiert werden. Das ist nichts anderes als das, was man auch über die NRW.BANK machen könnte: ein zurückzahlender Kredit. Dazu hätte es der Landesregierung nicht bedurft. Wenn Sie es ernst meinen, müssten Sie das ohne Kreditierung in den Landeshaushalt schreiben.

Das sind nicht nur Zahlenspiele, sondern wir reden darüber – Ihr Bundesvorstandsmitglied Thomas Kufen hat Ihnen das sicher ins Stammbuch geschrieben –, dass wir in vielen Städten in Nordrhein-Westfalen Klimainvestitionen tätigen und Schulen, Kultureinrichtungen und vieles andere finanzieren müssen. Das wird aber nicht gehen, wenn die Städte große Beträge ihres Haushaltes für die Abzahlung dieser Altschulden auf den Tisch legen müssen. Das haben Sie fachlich immer anerkannt, getan haben Sie allerdings nichts.

Noch krasser ist, wie Sie, Kollege Sträßer – bei allem Respekt – darüber hinwegzutäuschen versuchen, dass hier tatsächlich nicht fachlich argumentiert wird. Sie haben selber zugegeben, dass gesagt wird: Die einen kriegen die Grunddatenanpassung – in Klammern: nicht einmal so, wie es hätte sein müssen –, und die anderen bekommen dafür gestaffelte fiktive Hebesätze. Das ist keine fachliche Auseinandersetzung mit dem GFG, das ist schlicht ein Basar und macht deutlich, dass diese Landesregierung nicht die Kommunen stärken will, sondern nur den Interessenausgleich in der CDU-Fraktion und der Koalition suchen will. So macht man kein GFG, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei den letzten beiden Punkten möchte ich auf das Thema „Investitionen“ blicken: Ja, es wäre gut, mehr Investitionen zu bekommen, und es scheint auf den ersten Blick auch interessant zu sein, dass die Investitionspauschalen im GFG angehoben werden. Aber

das führt zu einer weiteren Verschärfung für diejenigen, die eine schlechte Steuerkraft haben.

Sinnvoller wäre es gewesen, vernünftige Klimaschutzprogramme oder Ausbauprogramme für den ÖPNV oder den Radverkehr aufzulegen. Das alles machen Sie nicht, sondern verteilen das Geld immer wieder um, anscheinend zu Ihren Parteigängerinnen und Parteigängern. Das ist kein gutes GFG, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Da wir auch nach vorne schauen wollen: Ich kann uns allen nur raten – und das würde ich seitens der Grünenfraktion auch ausdrücklich anbieten –, die Hausaufgaben gemeinsam anzugehen, die jetzt in diesem GFG nicht gemacht worden sind, nämlich die Lösung der Altschuldenfrage, eine faire Finanzierung und einen Neustart für die Kommunen hinzubekommen, die es aus eigener Kraft nicht schaffen werden.

Man könnte vielleicht eine Arbeitsgruppe einsetzen, die gegenüber dem Bundesfinanzminister und der Bundesregierung deutlich macht, dass wir diese Frage lösen wollen, sonst haben wir hier ein fulminantes Problem, das die komplette neue Legislaturperiode unnötig belasten wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Kämmerling, wer wie Sie einen Widerspruch aufmacht zwischen der Fachdebatte und dem, was die Bürgerinnen und Bürger aus Ihrer Sicht vermeintlich verstehen, zwischen uns und unserer Debatte hier drin und denen da draußen, der argumentiert im wahrsten Sinne des Wortes populistisch. Ich meine, Sie sollten sich da überprüfen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Auf viele inhaltliche Punkte will ich gleich eingehen. Eines ist mir aufgefallen: Sie haben den Bundestagswahlkampf unter dem Motto „Respekt“ geführt. Wenn Sie überhaupt an einer Debatte – einer, wie Sie sie gerade geführt haben, oder einer fachlichen – interessiert sind, dann wäre der erste Punkt im respektvollen Umgang miteinander, sich nach der eigenen Rede nicht in die letzte Reihe zu verziehen und Fachgespräche zu anderen Themen zu führen.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Dann sollte man der Debatte auch folgen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Mittel im GFG steigen um 7 % an, liegen also deutlich über der im Moment etwas erhöhten Inflationsrate. Das heißt, real kommt mehr in der kommunalen Familie an. Das ist eine gute Nachricht für die kommunale Familie. Sie profitiert damit zu Recht von den entsprechenden Steuereinnahmen.

Das ist gut so, denn die Herausforderungen sind vielfältig: Ich nenne die einzelnen Coronawellen, auch die, in der wir uns jetzt befinden. In Teilen unseres Landes ist die kommunale Familie massiv von der Flutkatastrophe betroffen.

Wie die weitere Entwicklung im Bereich der Pandemie aussehen wird, können wir im Moment schlecht vorhersagen. Darum hat diese Koalition unterschiedliche Maßnahmen unternommen, um die kommunale Familie zu unterstützen. Dabei wurden übrigens viele Hundert Millionen Euro echtes Geld unmittelbar überwiesen.

Denken Sie zum Beispiel an Erstattungen im Bereich der Gewerbesteuer oder auch bei rückläufigen ÖPNV-Einnahmen. So zu tun, als hätte es kein echtes Geld für die Kommunen gegeben, ist nicht nur nicht fachlich, das ist schlicht unwahr.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, natürlich sagen die Praktiker in der kommunalen Familie, die Kämmerinnen und Kämmerer, wenn man sie fragt, dass sie das Geld lieber geschenkt hätten, als kreditierte Mittel zu bekommen. Das geht uns selber auch so.

Übrigens, Herr Kollege Kämmerling, die nächste Unwahrheit: Dass diese Mittel kreditiert sind, steht ausdrücklich im GFG. Hier also so zu tun, als würde das irgendjemand verschweigen, ist alles andere als redlich.

Bei der Frage der Kreditierung geht es aber um etwas anderes. Es geht darum, Planungssicherheit herzustellen, nämlich die Mittel so weit aufzustocken, dass es zur mittelfristigen Planung, dass es zu den Orientierungsdaten bei den Kommunen passt, damit in dieser Pandemie nicht zum Beispiel kommunale Aufträge zurückgezogen werden, Ausschreibungen zurückgezogen werden und damit gerade Mittelstand und Handwerk in Mitleidenschaft gezogen werden. Die kommunale Familie ist der größte öffentliche Auftraggeber in der Bundesrepublik. Sie braucht Planungssicherheit nicht nur für sich selber, sondern auch für die wirtschaftliche Gesamtstabilität in dieser Pandemie.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die kommunale Selbstverwaltung hat bei uns einen hohen Stellenwert. Vor Ort muss und kann am besten festgestellt werden, wo der Schuh drückt. Ein Beispiel dafür, dass wir das wertschätzen, ist die Deckungsfähigkeit in den Pauschalen.

Was das GFG und die Technik angeht – denn ich halte die zweite Lesung für eine Fachdebatte –, sind die wissenschaftlichen Erkenntnisse wichtig, die zuletzt eingeflossen sind. Da geht es um die Frage der Hauptansatzstaffel, also die Einwohnerveredelung, da geht es aber auch um die fiktiven Hebesätze.

Da will ich zumindest diejenigen, die an einer fachlichen Debatte, Herr Kollege Kämmerling, interessiert sind, auf die letzte Ausschusssitzung verweisen. In dieser Ausschusssitzung hat der Abteilungsleiter für Kommunales aus dem Ministerium anhand von statistischen Kenndaten deutlich gemacht, dass die Differenzierung der fiktiven Hebesätze nach kreisfreien Städten und dem kreisangehörigen Raum die Realität der kommunalen Finanzkraft besser abbildet als ein einheitlicher fiktiver Hebesatz, wie es im Moment der Fall ist.

Nun bin ich offen für alle Vorschläge, die die Realität noch besser abbilden. Aber rein statistisch, rein mathematisch nachprüfbar sind die differenzierten Hebesätze treffsicherer und näher an der Realität als ein einheitlicher Hebesatz über das ganze Land. Insofern fällt die Kritik, die Sie eben geäußert haben, auf Sie zurück. Es ist eben nicht eine politische Motivation, entsprechend vorzugehen, sondern es ist eine fachliche, und die aktuellste finanzwissenschaftliche Begutachtung gibt uns hier recht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich auf die weiteren Debatten zum Gemeindefinanzierungsgesetz. Es gibt vielfältige Herausforderungen in der kommunalen Familie. Es gilt, dies eins nach dem anderen anzupacken. In jedem Fall ist dieser GFG-Entwurf Teil der Lösung. Wir stimmen ihm darum zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten jetzt letztmalig einen Kommunalhaushalt bzw. das GFG der aktuellen schwarz-gelben Landesregierung, und es ist anzunehmen – nach allem, was wir gestern gesehen haben –, dass es der letzte Haushalt einer schwarz-gelben Landesregierung für lange Zeit ist.

Dazu ist eigentlich das meiste schon gesagt worden, mehrmals, zumal Sie an die grundlegenden Herausforderungen in diesem Bereich nicht herangegangen sind.

Aber fangen wir mal pädagogisch korrekt mit einem Lob an. Sie haben durch Veränderungen der Vertei-

lungsparameter den von Ihren rot-grünen Vorgängern ewig vernachlässigten ländlichen Raum etwas gestärkt. Insofern haben wir als AfD-Fraktion das immer mitgetragen und Sie unterstützt.

Aber an dieser Stelle haben Sie dann Mut und Innovationskraft direkt wieder verlassen. Den abgesenkten Verbundsatz, der seit Johannes Rau in den 1980er-Jahren, Herr Kämmerling, für eine strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen sorgt, haben Sie nicht auf ein angemessenes Maß erhöht. Auch die Altschuldenproblematik sind Sie nicht ernsthaft angegangen. Stattdessen haben Sie Föderalismusbingo gespielt und warten jetzt angeblich seit viereinhalb Jahren auf eine Lösung durch den Bund,

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

in dem ja zumindest bis heute die CDU, also die Partei der Ministerin, noch regiert.

Jetzt regieren da bald SPD mit FDP und Grünen, die ja ebenfalls seit Jahren nach einer Lösung für dieses Problem schreien, aber ich wette schon jetzt darauf, dass es wieder keine geben wird. Warum auch? Warum sollten Länder, die jahrzehntelang solide gewirtschaftet haben, den Dreck wegräumen, den ihnen insbesondere SPD und Grüne hierzulande hinterlassen haben? Also werden wir das alte Staatstheater wahrscheinlich mit neu verteilten Rollen erleben dürfen, aber an der Schuldenproblematik ändert sich nichts.

Was bisher noch irgendwie mit viel Ächzen und Wehklagen aus den Kommunen lief, das wird vielerorts jetzt zu einer existenziellen Herausforderung. Ihre Coronapolitik raubt dort den letzten finanziellen Spielraum; wir haben es gerade schon gehört. Aktuell wird das Problem noch weggeschminkt, indem man so tut, als seien die Schulden einfach nicht da, aber mit Buchungstricks wurde eben noch kein Haushalt saniert.

Unseren Städten und Gemeinden sind ihre Haupteinnahmen weggebrochen. Die Gewerbesteuererinnahmen, Umsätze im Einzelhandel, in der Gastronomie und in der Hotellerie sind weggefallen, und wir alle wissen, dass Sie in den nächsten Wochen wieder einen Total-Lockdown beschließen werden.

Die Menschen draußen wissen es auch – schon längst. Schauen Sie sich mal die aktuellen Hotelraten in Düsseldorf und in anderen großen Städten an. Da bekommen Sie derzeit Übernachtungen zum Spottpreis nachgeschmissen, weil jeder weiß, dass am Ende vermutlich wieder alles zugesperrt wird.

Und viele sperren dann gar nicht mehr auf. Sie haben sicherlich auch in Ihrem Postfach die E-Mail gefunden, wonach eines der Vertragshotels des Landtags Ende dieses Monats aufgibt und nicht wieder öffnen wird. So geht es vielen Einzelhändlern und Gastronomen. Sie erziehen die Menschen im Land mit Ihrer planlosen Politik mehr und mehr zu Stubenhockern

und zu Amazon-Kunden zulasten der Gewerbetreibenden, zulasten unserer Innenstädte und nicht zuletzt zulasten unserer kommunalen Haushalte.

Abschließend muss man also feststellen, dass die amtierende Regierung ohne die Coroneffekte vielleicht noch ein Ausreichend verdient hätte. Die finanzielle Katastrophe aber, die Sie in den letzten Jahren über das Land gebracht haben, wird vermutlich noch Generationen beschäftigen.

Die Bürger im Land haben jetzt die beste Gelegenheit, zu erkennen, wer es mit soliden Finanzen ernst meint oder wer – wie gestern die FDP – seine vermeintlichen Überzeugungen für ein Butterbrot und vier Dienstwagen verkauft.

Im kommenden Mai haben die Menschen dann ja zum Glück die Gelegenheit, daraus Konsequenzen zu ziehen. Wir stehen bereit. Aber hier stimmen wir jedenfalls nicht zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Tritschler. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Scharrenbach.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens bleibt mit der Gemeindefinanzierung für das Jahr 2022 verlässliche Partnerin der Städte, Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Gestatten Sie mir, eingangs auf die eine oder andere der Vorhaltungen aus den Reihen der Opposition einzugehen; denn sie stimmen de facto einfach nicht.

Die Städte und Gemeinden haben 2020, im ersten Coronajahr, noch einen Finanzmittelüberschuss von 815 Millionen Euro erwirtschaftet. Das war zwar deutlich weniger als 2019, aber es ist ein Finanzmittelüberschuss.

Die Städte und Gemeinden verzeichnen seit 2017 im Rahmen der Liquiditätskredite – neudeutsch: Kassenkredite – ein Minus von 1,3 Milliarden Euro. Das wird hier, glaube ich, verkannt. Das bedeutet: Als wir die Landesregierung am 30.06.2017 übernommen haben, lag der Liquiditätskreditbestand bei 25,8 Milliarden Euro, aktuell liegt er bei 22,7 Milliarden Euro.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wenn die Politik dieser Landesregierung so schlecht wäre, dann würde der Liquiditätskreditbestand ansteigen und nicht deutlich abschmelzen.

Sie erkennen den Erfolg der Politik der Landesregierung auch daran, dass nicht nur Liquiditätskredite zurückgeführt werden konnten, sondern die Kommunen haben gleichzeitig kräftig investiert. Im Jahr 2020 lagen die Investitionen der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen bei 7,85 Milliarden Euro. Das ist ein irrer Wert.

Natürlich sind darin Coronainvestitionen enthalten. Das ist klar; das haben wir alles gemeinsam gestemmt. Aber auch die Jahre 2018 und 2019 waren sehr verlässliche Investitionsjahre in den Städten und Gemeinden. Insbesondere wurde in Schulen, Sportanlagen und Straßen investiert.

Daran merken Sie: Die Landesregierung hat hier einen echten Wandel von dem früheren Verständnis einer Landespolitik gegenüber den Kommunen hin zu einem Hand-in-Hand-Verständnis vollzogen. Das ist auch gut für das Land.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich habe heute wieder hören müssen, die Gewerbesteuer breche ein. Nein, die Gewerbesteuer bricht nicht ein. Sie läuft besser als prognostiziert, in den kommunalen Haushalten hinterlegt. Weil dem so ist, gibt es in diesem Jahr keinen Gewerbesteuerminderausgleich wie in 2020.

Wenn Sie sich die Anstrengungen des Landes und des Bundes aus dem vergangenen Jahr mit einer Sonderzuweisung in Höhe von 2,7 Milliarden Euro für die nordrhein-westfälischen Kommunen in Erinnerung rufen, dann wissen Sie aus den Ergebnissen der Rechnung, dass das, was Land und Bund zur Verfügung gestellt haben, sogar den Gewerbesteuerausfall leicht überkompensiert hat.

Sie sagen nun, die Gewerbesteuer breche ein. Nein, das ist aus den Daten nicht erkennbar. Einige Städte und Gemeinden verzeichnen im Ist sogar ein deutliches Plus verglichen mit der diesjährigen Planung.

Vor diesem Hintergrund haben wir als Landesregierung gesagt: Wir stützen natürlich die Ausgleichsmasse, die verfügbare Finanzmasse im GFG. Denn nach wie vor gibt es nachteilige Effekte durch Corona bei den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer.

Es ist richtig, dass wir das GFG so aufstellen, als hätte es Corona gar nicht gegeben. Das haben wir im laufenden Haushaltsjahr 2021 gemacht, und so machen wir es auch im Haushaltsjahr 2022. Denn die Liquidität wird ja vor Ort benötigt. Wir alle werden dann sehen – in den anderen 15 Bundesländern und auf Ebene des Bundes ist es nicht anders –, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung darstellt und wo wir gegebenenfalls nachsteuern müssen.

Ich habe Ihnen in Bezug auf die Kreditierung immer zugesagt, dass wir mit den Kommunen sprechen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung es wieder

zulässt. Wir werden über das Ob sprechen, und wir werden über das Wie sprechen. Das wissen die Städte und Gemeinden; sie haben eine verlässliche Regierung.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Schauen wir auf die Haushaltsergebnisse. 2015 hatten gerade einmal 29 von 430 Gebietskörperschaften einen tatsächlich ausgeglichenen Haushalt. 2020 sind es 62. 2015 hatten 138 Kommunen ausgeglichene Ergebnisse, 2020 waren es 246. Die Fundamentaldaten in den Städten und Gemeinden haben sich also deutlich verändert und verbessert.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dazu haben natürlich auch die Veränderungen im GFG beigetragen.

Ich komme damit zu dem Hauptthema: Wie verteilen wir Geld? Es geht also um fiktive Hebesätze, um differenzierte fiktive Hebesätze nach entsprechender Klasse. Vielleicht, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten von SPD und Grünen, mögen Sie mal erwägen, dass die Verteilung in den Vorjahren einfach falsch war.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch das kann ja zum Tragen kommen.

Es ist durchaus bemerkenswert, Herr Abgeordneter Kämmerling – damit komme ich auch zum Schluss –, dass ausgerechnet Sie aus der Städtereion Aachen, die ja von der Änderung profitiert, sich als ordentlicher Wahlkreisabgeordneter hier hinstellen

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Es geht um Fachlichkeit, Frau Ministerin!)

und bemängeln, dass hier eine Korrektur vorgenommen wird, mit der die Ungleichbehandlung, die es über Jahrzehnte in Nordrhein-Westfalen zwischen den Größenklassen gegeben hat, ab dem kommenden Jahr beendet wird.

(Zurufe von Frank Müller [SPD] und Susana dos Santos Herrmann [SPD])

Aber das müssen Sie bei sich vor Ort im Wahlkreis vertreten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Die Ministerin hat die Redezeit um 44 Sekunden überzogen. Herr Kollege Kämmerling von der SPD-Fraktion möchte die restlichen 44 Sekunden nutzen.

Stefan Kämmerling (SPD): Meine Damen und Herren! Eben hatten wir zum Thema „GFG“ den Ansatz: Wie kommen die Streifen in die Zahnpasta? Den kann man auch für die Begrifflichkeit „dialektische

Rabulistik“ nehmen. Denn was die Ministerin eben vorgetragen hat, ist nichts anderes als das. Das erkläre ich jetzt einfach mal.

Man geht in die Ausschusssitzung und erklärt zum GFG, bei den Änderungen dürfe man nicht auf eine einzelne Stadt schauen. Es komme auf die finanzwissenschaftliche Begründetheit an.

(Zuruf von Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung)

Dann lässt man ein paar Tage verstreichen, stellt sich als Ministerin ans Redepult und sagt: Nein, das spielt jetzt eigentlich doch keine Rolle mehr. Sie kommen aus einem ländlichen Raum, deswegen müssen Sie das mit der Fachlichkeit alles vergessen und doch gucken, wie es in Ihrem Wahlkreis aussieht.

Das, meine Damen und Herren, ist unterstes Niveau ...

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Stefan Kämmerling (SPD): ... bei der Argumentation für oder gegen Änderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Und ich bin so offen: Das ist tatsächlich auch unter Ihrem Niveau, Frau Ministerin.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kämmerling. – Gibt es bei weiteren Fraktionen den Wunsch, die Redezeit zu nutzen? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zum Teilbereich a).

Ich rufe auf:

b) Heimat, Bauen und Wohnen

Hier eröffnet Herr Kollege Becker für die SPD-Fraktion die Aussprache.

Andreas Becker (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Erfolg einer jeden Landesregierung in den Bereichen „Bauen“ und „Wohnen“ muss sich daran messen lassen, inwieweit es ihr gelingt, den Menschen im Land ausreichend guten und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Daran gemessen ist die schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen nicht nur in diesem Jahr, sondern schon seit vielen Jahren gescheitert.

Ich komme an dieser Stelle wie immer gern auf die unbestechliche Statistik von IT.NRW zurück. Danach haben die Behörden im Jahr 2016, dem letzten vollen Jahr der rot-grünen Landesregierung, 64.287 neue Wohnungen und damit so viele wie in keinem Jahr danach genehmigt.

Selbst wenn ich, wie von Ihnen immer gefordert, die nach der Richtlinie zur Förderung von Wohnraum für Flüchtlinge geförderten Wohneinheiten abziehe – 2016 waren das 1.619 –, komme ich noch auf 62.668 genehmigte Wohnungen. Das waren so viele wie in keinem der folgenden Jahre, weder in den Jahren 2017, 2018, 2019, 2020 noch – wie es aussieht – in Ihrem letzten vollen Regierungsjahr 2021.

Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen. Sie sorgen nicht für ausreichend Wohnraum, vor allem nicht für ausreichend öffentlich geförderten, mietpreisgebundenen Wohnraum. Gab es 2016 noch 9.720 neue geförderte Wohneinheiten, so ist diese Zahl bis ins Jahr 2020 beständig auf insgesamt 8.603 neue Wohneinheiten mit Mietpreisbindung gesunken. Damit schaffen Sie es kaum, die Wohnungen mit Mietpreisbindung zu ersetzen, die sich bereits in der Nachwirkungsfrist befinden und innerhalb der nächsten zehn Jahre in jedem Fall automatisch aus der Bindung fallen.

Deshalb brauchen wir mehr Geld für die Wohnraumförderung in NRW, das vor allen Dingen den Flaschenhals bei den bebaubaren Grundstücken zu beseitigen hilft, den Kommunen vor Ort zugutekommt und ihnen Gestaltungsfreiheit gibt.

Hinzu kommt: Mit Ihrer Politik wird der Wohnraum für die vielen in unserem Land immer weniger bezahlbar. Die Mieten sind in den letzten Jahren stärker als die Löhne und Gehälter gestiegen. Die Wohnungsnot in NRW bzw. Ihre Wohnungsbaupolitik frisst Einkommen und Kaufkraft. Sie kostet Wohlstand und verschärft die soziale Ungleichheit in Nordrhein-Westfalen.

Das liegt auch daran, dass Sie den Mieterschutz rasieren. Nur 18 von 396 Kommunen fallen unter die Mieterschutzverordnung. Das ist und bleibt ein Skandal.

(Beifall von Stefan Kämmerling [SPD] und Sven Wolf [SPD])

Ich bin froh, dass der Koalitionsvertrag der neuen Fortschrittskoalition in Berlin den Schutz der Mieterinnen und Mieter in den Vordergrund stellt. Denn Mieterschutz ist auch Mietenschutz.

Überhaupt ist der Koalitionsvertrag der Fortschrittskoalition aus SPD, Grünen und FDP auch im Baubereich ein ganz wichtiger Schritt in die Zukunft und ein Dokument der neuen Chancen und Perspektiven, was Digitalisierung und Vereinfachung im Bauwesen, Klimaschutz im Gebäudebereich oder auch den Städtebau angeht. Der Bund allein wird es nicht

richten. Aber er geht voran und setzt sich an die Spitze der Bewegung.

In Nordrhein-Westfalen macht die Landesministerin das Gegenteil. Sie sagt entgegen dem Rat aller Experten, wir bräuchten hier im größten Bundesland die neuen Möglichkeiten des Baulandmobilisierungsgesetzes nicht. Wir hätten keine Probleme und kämen auch so klar.

Die neue Fortschrittskoalition in Berlin macht dagegen jedem, der mit Wohnungsbau zu tun hat, wieder Mut. Sie sagt, dass sie die Möglichkeiten des Baulandmobilisierungsgesetzes nicht nur entfristen, sondern auch weiterentwickeln will. Das ist der Unterschied.

Sie behaupten, Sie nutzten die Chancen der Digitalisierung, und rühmen sich, das Verfahren für Bauanträge werde nach und nach von der analogen in die digitale Welt übertragen. Ja, die Pressemitteilung habe ich auch gelesen. Ich freue mich für den Kreis Warendorf, dass der Weg für die digitale Baugenehmigung dort jetzt frei ist.

Aber wenn Sie zwischen den Zeilen lesen und rechnen können, wissen Sie, dass das nur heiße Luft ist. Das heißt doch umgekehrt, dass in 211 Bauaufsichtsbehörden, also in 99,5 % der Bauaufsichtsbehörden in unserem Land, offensichtlich keine digitalen Bauanträge abgegeben werden können. Das ist Ihre Bilanz, und daran wird sich nichts ändern, wenn die Kommunen nicht dauerhaft in die Lage versetzt werden, ausreichend Personal und Technik vorzuhalten.

Alles in allem bleibt Ihr Haushalt hinter den Erfordernissen zurück und ist nicht in der Lage, die drängenden Probleme in der Wohnungsbaupolitik zu lösen. Deshalb lehnen wir ihn auch ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Schruppf.

Fabian Schruppf (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Haushaltsplan für 2022 legen wir insbesondere beim Wohnen in Nordrhein-Westfalen, bei der Dorferneuerung, bei der Denkmalpflege und dem Denkmalschutz noch eine Schippe drauf.

Die geplanten Gesamtausgaben von rund 1,56 Milliarden Euro haben wir um mehr als 80 Millionen Euro erhöht. Besonders freue ich mich darüber, dass nahezu die Hälfte dieser Ausgaben im Bereich „Bauen und Wohnen“ getätigt wird. Auch hierdurch wird nämlich deutlich: Wir arbeiten weiter mit Hochdruck daran, dass guter und bezahlbarer Wohnraum überall in unserem Land entsteht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Henning Höne [FDP])

Aber, Herr Kollege Becker, was machen Sie jetzt in Ihrer Rede? Zum wiederholten Mal schüren Sie hier ganz bewusst Ängste bei den Bürgerinnen und Bürgern. So wollen Sie wohl objektive Fakten durch subjektive Gefühlslagen ersetzen. Statt mit uns um die besten Lösungen zu ringen, fahren Sie weiter eine Angstkampagne nach dem Motto: Erst jagen Sie den Leuten so viel Angst ein, dass ihnen am Ende Ihre vermeintlichen Lösungen recht sind. – Doch das ist keine seriöse Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU)

Die tatsächliche Lage im Land stellt sich doch völlig anders dar, als Sie es mit Ihrer unseriösen Schwarzmalerei schon wieder suggerieren wollen. Wir haben umgehend Maßnahmen für mehr Wohnraum in allen Segmenten des Marktes ergriffen. So haben wir ein Klima für den Neubau geschaffen. Wir haben das Baurecht modernisiert und entbürokratisiert. So haben wir Investitionsanreize gesetzt. Wir haben die Landesbauordnung neu gefasst, den Landesentwicklungsplan zukunftsfest gestaltet, die Landesinitiative Bau.Land.Leben auf den Weg gebracht. Denn bei Grundstücken geht es eben nicht darum, dass zu wenig Geld da ist, sondern dass überhaupt verfügbare Grundstücke vorhanden sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben die öffentliche Wohnraumförderung mit einem Rekordvolumen von jährlich 1,1 Milliarden Euro und zeitgemäßen Förderkonditionen aufgestellt. Dabei haben wir zugleich die Eigentumsförderung des Landes revitalisiert, die unter der Vorgängerregierung vollkommen brachgelegen hat. Wir haben das Wohngeld erhöht und eine neue Mieterschutzverordnung verabschiedet. Diese schützt Mieterinnen und Mieter genau da, wo es notwendig ist, und baut gleichzeitig unnötige staatliche Regulierungen ab, die Investitionen hemmen und den Mieterinnen und Mietern eben dort nichts nützen.

Aber selbstverständlich überprüfen wir diese Verordnung fortlaufend. Das gilt auch für die zugrundeliegende Gebietskulisse. Denn es ist doch klar: Wenn sich Situationen in den Wohnungsmärkten vor Ort ändern, werden wir auch mit der Kulisse der Mieterschutzverordnung entsprechend reagieren.

Aktuell sind fast 170.000 neue Wohnungen in Nordrhein-Westfalen im Bau oder genehmigt. 2019 und 2020 – das können wir angesichts Ihrer Angstkampagne gar nicht deutlich genug sagen – waren Rekordjahre in Bezug auf die Anzahl von erteilten Baugenehmigungen, neu gebauten Wohnungen und Gesamtzahl an Wohnungen in Nordrhein-Westfalen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserer intensiven Bauförderung konnten wir letztlich auch die Entwicklung der Mieten in unserem Land stabilisieren.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Henning Höne [FDP])

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch mit dem vorliegenden Teilplan gehen wir diesen erfolgreichen Weg zum Beispiel bei der Wohnraumförderung konsequent weiter. Die Ausgaben für den Bereich „Wohnen“ im kommenden Jahr machen 48,8 % der Gesamtausgaben aus. Das ist fast die Hälfte des Etats und entspricht 760,6 Millionen Euro. Davon entfallen wiederum 390 Millionen auf das Wohngeld. Damit bieten wir vor allem einkommensschwachen Haushalten ein adäquates Mittel der sozialen Absicherung. Neu ist zudem das 5 Millionen Euro starke Landesprogramm, das gezielt innovative Elemente wie begrünte Fassaden und regenerative Kälte-Wärme-Technik fördern soll.

Im Kapitel „Heimat“ geht es um Gemeinschaft. Es geht um Zusammenhalt. Und weil wir genau das erkannt haben, stärken wir die Lebensqualität und unterstützen auch im kommenden Jahr Initiativen und Projekte vor Ort, die Identität stiften und Zusammenhalt stärken.

Exemplarisch möchte ich noch auf das Landesprogramm „Dorferneuerung“ eingehen. Hier erhöhen wir die Investitionen um rund 30 Millionen Euro. Denn wir alle wissen, dass Nordrhein-Westfalen nicht nur aus einer Vielzahl von Großstädten besteht. Deshalb stärken wir weiterhin auch unsere ländlichen Räume.

Auch in den Bereichen „Denkmalpflege“ und „Denkmalschutz“ nehmen wir im neuen Jahr wieder eine Rekordsumme von insgesamt 48 Millionen Euro in die Hand.

(Beifall von der CDU und Stephen Paul [FDP])

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie stehen für Schwarzmalerei, Angstmacherei und bieten Scheinlösungen. Doch die Bürgerinnen und Bürger sind klüger und werden Ihnen nicht auf den Leim gehen.

Wir hingegen werden unseren Erfolgskurs bei den Themen „Heimat“, „Bauen“ und „Wohnen“ konsequent fortsetzen und auch im kommenden Jahr weiter Vollgas geben. Dafür steht dieser Haushalt 2022. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, Stephen Paul [FDP] und Henning Höne [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schrumpf. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Ich beginne – was für mich ungewöhnlich ist, vor allen Dingen,

wenn ich mit Frau Scharrenbach diskutiere – mit einem Lob.

Ich war zum Ende noch in der Ausstellung in Köln zu 50 Jahren politische Plakate in der Horbach Stiftung in der Südstadt – also die Leute um Martin Stankowski, Jürgen Becker und andere. Die Ausstellungsmacherinnen und -macher waren zum einen sehr zufrieden, weil die Ausstellung sehr gut gelaufen ist. Es waren auch sehr spannende Plakate und Wandzeitungen der letzten Jahrzehnte ausgestellt. Das erste Stunksitzungsplakat war zum Beispiel zu sehen.

Die Ausstellungsmacher waren aber auch sehr zufrieden, weil es einen guten, unterstützenden Zuschuss aus dem Heimatministerium für die Ausstellung gab.

Das will ich durchaus anerkennend sagen, denn wir Grüne und auch die SPD haben ja immer wieder thematisiert: Es spricht nicht grundsätzlich etwas gegen den Bereich „Heimat“, sondern wenn, muss das breit aufgestellt sein. Wir wollen nicht nur Trachten und Freilichtmuseen, auch wenn ich persönlich nichts dagegen habe. – Der Kollege lacht. Das ist meine gute Schule von zu Hause. Ich bin ja groß geworden als Sohn des Vorsitzenden eines Heimatvereines in meiner Heimatstadt, der das 35 Jahre gemacht hat.

Es ging uns immer darum, Heimatförderung so aufzustellen, dass es in der Breite dieses Landes ankommt. Deswegen – das meine ich wirklich ganz ernst und auch ohne Ironie – habe ich mich gefreut, nicht nur diese spannende Ausstellung noch zu sehen, sondern dass es auch vom Haus unter dem Bereich „Heimat“ gefördert worden ist.

Jetzt kommen wir zum Thema „Wohnen“. Ich bin auch der Meinung vom Kollegen Becker, dass der neue Koalitionsvertrag in Berlin, der gestern vorgestellt worden ist, manches Positive bereithält. Jetzt muss es natürlich vorangebracht und umgesetzt werden. Auch im Bereich „Bauland und Modernisierung“ stehen darin vernünftige Sachen. Ich habe mich gefreut über den Punkt „Einführung eines digitalen Gebäuderessourcenpasses“, wo es auch darum geht, natürlich beispielsweise den ganzen Bereich von grauer Energie, Lebenszykluskosten etc., auf breite Füße zu stellen, eben mit einem neuen Gebäuderessourcenpass.

Dann ist dort die ganze Frage „serielles Sanieren“ sehr intensiv ausgeführt – also das Stichwort „Energiesprung“ mit Blick in die Niederlande als sehr positives Beispiel – sowie die ganze Regelung, die jetzt gefunden werden soll in der Novellierung der Energiestandards. Auch das sind Punkte, die aus grüner Sicht begrüßenswert sind.

Jetzt sind wir einmal gespannt auf die Besetzung der Ministerien. Sollte es die hier auch bekannte Svenja Schulze sein, dann haben wir zumindest aus Nord-

rhein-Westfalen mit der neuen Bauministerin eine gute Ansprechpartnerin.

Ich freue mich auf jeden Fall, dass das Bauministerium wieder ein eigenständiges Ministerium werden soll. Das war viele Jahre nicht spürbar am Innenministerium angegliedert. Der Bereich „Bauen und Wohnen“ ist wichtig für die Zukunft des Landes, und es gibt viel zu tun. Deswegen ist es gut, dass es demnächst wieder ein eigenständiges Bauministerium auf Bundesebene geben wird.

Zum Haushalt: Licht und Schatten. Es gibt manches, was gut läuft. Das haben wir im Ausschuss von grüner Seite auch gewürdigt bzw. positiv angesprochen. Als sehr positiv wird immer die Wohnraumförderung erwähnt. Das ist richtig. Nun sind es keine originären Landesmittel, trotzdem ist es gut. Nordrhein-Westfalen ist bei der Wohnraumförderung gut aufgestellt.

Aus unserer Sicht spricht auch nichts gegen eine vernünftig angesetzte Eigentumsförderung. Wobei uns klar sein muss, dass das die Wohnungsmärkte nicht entlasten wird. Teilweise ist sie bei Wohnungsüberhang auch kontraproduktiv. Jedenfalls ist die Eigentumsförderung kein adäquates Mittel, die Wohnungsmärkte zu entspannen.

Wir setzen darauf, dass die Landesregierung ihre Meinung zum Baulandmodernisierungsgesetz ändert. Wir brauchen hier auch ein entsprechendes Gutachten. Das wäre notwendig und richtig. Wir brauchen ein neues Gutachten, was die Feststellung der angespannten Wohnungsmärkte angeht. Das bisher vorliegende Gutachten von empirica ist aus unserer Sicht unzureichend und basiert auf aus unserer Sicht kritikwürdiger und überholter Datengrundlage. So kommen wir nicht weiter.

Auch wichtig ist die ganze Frage „Flächen“. Das ist unserer Meinung nach bisher zu selten hier in der Debatte angesprochen worden. Wir würden die Landesregierung bitten, stärker kommunale Bodenfonds zu unterstützen. Hier hat zum Beispiel die Stadt Münster sehr positive Erfahrungen gemacht.

Zum Schluss würde ich gerne ein Beispiel aus der Stadt Köln, in der ich lebe, ansprechen, nämlich zur der Vergabe von landeseigenen Flächen und dazu, dass das vonseiten der Landesregierung immer noch nach Höchstpreisgebot passiert. Ich nenne das Stichwort „Otto-Langen-Quartier“ und die dortigen Verwerfungen mit der dortigen Kulturszene. Das sind alles Sachen, die wir geändert haben wollen.

Bilanz: Licht und Schatten im Bereich Wohnen, Hoffnung auf das, was in Berlin passiert, Kritik an einigen Punkten. Die Ministerin hat jetzt die Chance, auf einiges einzugehen, was die Opposition angesprochen hat. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Paul.

Stephen Paul (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für das Wohnen fast die Hälfte des Einzelplans 08, für Stadtentwicklung 30 % des Einzelplans – das sind die großen Haushaltsposten im Einzelplan 08 und unsere Herzensthemen.

Die Menschen sollen wohnen können, wo und wie sie es brauchen und sich wünschen, immer mehr Bürgerinnen und Bürger auch im Wohneigentum. Das entspannt auch die Wohnungsmärkte, lieber Arndt Klocke.

Bauen erleichtern, Bauen beschleunigen, günstiger machen, unsere Städte und Dörfer sollen attraktiver werden, überall im Land – ein klarer Kurs der NRW-Koalition und unserer fleißigen und erfolgreichen Ministerin Ina Scharrenbach.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nicht ausrutschen gleich!)

Mit der Wohnraumförderung über die NRW.BANK werden insgesamt 1,1 Milliarden Euro mobilisiert. Wir ermöglichen damit guten Wohnungsbau nicht nur in den großen Städten, sondern auch da, wo die meisten Menschen in Nordrhein-Westfalen ihr Zuhause haben: in den Mittel- und Kleinstädten, in den Gemeinden unseres Landes.

Wie richtig und wichtig das ist, erkennt man leicht daran, wenn man schaut, wo gebaut werden soll. Ein Drittel der Baugenehmigungen entfällt auf die kreisfreien Großstädte. Zwei Drittel – die große Mehrheit –, zwei von drei Baugenehmigungen bei uns in Nordrhein-Westfalen werden für Bauvorhaben im kreisangehörigen Raum erteilt. Davon profitieren besonders Familien, die sich den Wunsch nach Wohneigentum erfüllen möchten.

Hier begrüßen wir die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag auf Bundesebene, den Ländern endlich eine flexiblere Gestaltung der Grunderwerbsteuer zu ermöglichen, etwa durch einen Freibetrag. Wir helfen damit auch Familien in Nordrhein-Westfalen, in die eigenen vier Wände zu ziehen.

Ich verweise weiterhin auf die Modernisierung von Bestandshäusern, von Bestandsimmobilien, von denen wir in Nordrhein-Westfalen ja so viele haben, auf den Neubau von mietpreisgebundenen Wohnungen. Wir verlängern zudem die Preisbindung geförderter Wohnungen, indem man Eigentümern neue Tilgungsnachlässe gibt. Wir sind da auf einem guten Wege. Erstmals in der Geschichte unseres Landes zählt die Statistik über 9 Millionen Wohnungen – ein Rekordstand.

Gestern bekamen wir die Meldung, dass in den ersten neun Monaten dieses Jahres die nordrhein-west-

fälischen Bauämter Baugenehmigungen für über 46.000 Wohnungen erteilt haben. Das sind fast 4 % mehr Baugenehmigungen als ein Jahr zuvor. Da tut sich also richtig was. Es entstehen vor allem viele neue Wohnungen, denn die Zunahme der Wohnungsbaugenehmigungen ist vor allem auf neu zu errichtende Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen zurückzuführen, also auf sogenannte Mehrfamilienhäuser.

Übrigens sollen über 40.000 Wohnungen in Wohngebäuden und über 5.000 Wohnungen durch Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden oder bislang Nicht-Wohngebäuden entstehen. Hier ernten wir also bereits erste Früchte – das sagen Experten – unserer Erleichterungen im Baurecht. Dazu zählen beispielsweise der leichtere Ausbau von Dachgeschossen oder die Erleichterung bei der Umnutzung von gewerblichen Immobilien zu Wohnzwecken.

Verschiedene Einzelposten des Haushalts dienen außerdem dem Ziel, schneller und günstiger zu bauen. Bei der Digitalisierung des Bauwesens legen wir noch mal drauf. Mit Hochdruck steuern wir auf das Ziel zu, dass man bei uns in Nordrhein-Westfalen in jeder Kommune seinen Bauantrag digital stellen kann und dann in einem vollständig digitalisierten Baugenehmigungsverfahren rasch seine Genehmigung erhält.

Dafür unterstützt das Land die Architekten und Ingenieure dabei, ihre Planungen zu digitalisieren. Mit dem Programm Bau.Land.Leben werden überall im Land Potenzialflächen mobilisiert und baureif gemacht. Auch hier legen wir bei den Fördermitteln noch einmal drauf.

Die Mehrheit unserer Bevölkerung lebt nicht in den Großstädten – ich habe es eben schon mal erwähnt –, sondern im kreisangehörigen Raum. Es heißt ja auch immer so schön, dass das Leben in den Dörfern, Klein- und Mittelstädten eine Zukunft haben soll. Das Programm für die Dorferneuerung wächst noch einmal von 29 Millionen Euro auf 58 Millionen Euro. Alleine an diesen Mittelsteigerungen erkennt man: Das Leben auf dem Lande gibt es bei dieser NRW-Koalition nicht nur in Sonntagsreden; wir tun auch richtig was dafür. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Paul. – Für die AfD-Fraktion spricht Frau Kollegin Opelt.

Uta Opelt^{*)} (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Die Wohnsituation in NRW ist dramatisch, sagt die SPD, und die Sachverständigen der letzten Anhörung bestätigen es. Nur sagt die SPD natürlich nicht, dass sie mitverantwortlich für die

Wohnraummisere und die Baumisere hier in NRW ist.

Da können Land und Bund noch so viele Mittel zur Verfügung stellen. Es wird nichts bringen, solange Sie nicht endlich an die Ursachen gehen. Ihre konsequente Ignoranz des Ursache-Wirkung-Prinzips fasziniert mich wirklich immer wieder. Jedes Jahr lassen Sie sich neue Wohnungsmodelle oder -förderprojekte, Arbeitshilfen, Handlungskonzepte, Gesetzesentwürfe oder Bauoffensiven einfallen, und Sie wundern sich noch nicht einmal, dass diese nicht zur Entspannung des Wohnungsmarktes führen. Sie hoffen eben einfach: Genügend Geld, und der Markt wird es schon richten. – Tut er aber nicht. Er zeigt Ihnen jedoch das gnadenlose Wirken ökonomischer Gesetze, die Sie seit Jahrzehnten ignorieren – angefangen bei der Euro-Einführung.

Glauben Sie tatsächlich, dass eine Preissteigerung für Bauland um 84 % innerhalb von neun Jahren einfach so passiert? Bauen, bauen, bauen ist eben keine Lösung. Das haben Hochwasser- und Flutereignisse deutlich gezeigt. Wir müssen mit Respekt vor der Natur bauen und brauchen Grün- und Freiflächen. Warum bauen Sie nicht konsequent in die Höhe? Moderne und gut konzeptionierte Hochhäuser auf geringen innenstädtischen Flächen schaffen viele Wohnungen und Arbeitsräume. Gleichzeitig bekämpft man Wohnungs- und Raumknappheit gerade in den Ballungsgebieten.

Doch was haben Sie mit Ihrer Politik der Ignoranz in den letzten Jahren erreicht? Sie haben erreicht, dass immer mehr Menschen Angst vor Wohnungsverlust und nicht bezahlbarem Wohnraum haben, und zwar vor allem die Menschen, die unser Land hier tagtäglich am Laufen halten: Verkäuferinnen, Krankenschwestern, Friseurinnen, Sicherheitspersonal oder Pfleger.

Statt diese Menschen endlich zu entlasten und beispielsweise die Anspruchsgrundlage für Wohngeld zu erweitern, kürzen Sie das Wohnungsgeld erst mal, und zwar mit der Begründung, dass die Einkommen ja wieder steigen. In welcher Realität leben Sie denn eigentlich? Die Strom- und Energiepreise explodieren gerade um bis zu 130 %, die Menschen werden durch die Niedrigzinspolitik der EZB enteignet und die Inflationsrate galoppiert auf Rekordniveau.

Als ob das alles nicht schon genug zu lösende Probleme wären, verteuern Sie auch noch jedes zukünftige Bauvorhaben mit fragwürdigen Klimaschutztechnischen Auflagen. Der soziale Wohnungsbau, in den Sie rund 1,1 Milliarden Euro pumpen, soll jetzt Vorreiter beim Klimaschutz werden. Sicheres und gesundes Wohnen muss vor Klimagerechtigkeit gehen. Bestes Negativbeispiel ist die Modellkommune Duisburg, die Fördergelder in Höhe von 15 Millionen Euro vom Land bekommt, jedoch nicht etwa für Problem-

bauten, sondern allein für sogenannte klimagerechte Sanierung. Gerade in den Ruhrgebietsstädten wie Duisburg gibt es doch wahrlich dringendere Probleme. Dort hausen nämlich Menschen zum Teil unter unwürdigen Bedingungen in vermüllten und von Ratten bewohnten Schrottimmobilen, an denen sich kriminelle Großfamilien auch noch eine goldene Nase verdienen.

Besinnen Sie sich endlich wieder auf Ihre wesentlichsten Aufgaben. Entlasten Sie die Menschen gerade in diesen schwierigen Zeiten, und schaffen Sie beispielsweise diese ungerechten und ressourcenfressenden Straßenausbaubeiträge ab – die Straßenausbaubeiträge, mit denen auch Bürger in den Flutgebieten belastet werden, obwohl ihre Häuser zum Teil noch nicht einmal wieder bewohnbar sind und sie Kredite für einen Neuanfang aufnehmen mussten. Bis heute sind an die Flutopfer kaum Gelder geflossen. Trockengeräte oder Heizkörper fehlen noch immer. Menschen sitzen in kalten Wohnungen ohne fließend Wasser, und das kurz vor Weihnachten.

Herr Ministerpräsident, Sie sprachen in Ihrer Antrittsrede von pragmatischem Handeln. Heute können Sie es beweisen: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Die Menschen in NRW brauchen nicht mehr Experimente; sie brauchen endlich bezahlbaren Wohnraum.

Wir lehnen diesen Haushalt ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Opelt. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Scharrenbach.

Ina Scharrenbach¹⁾, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat im Bereich „Bauen und Wohnen“ in den letzten viereinhalb Jahren richtig was bewegt.

(Zurufe: Mikro!)

Ich glaube, das wissen alle, die sowohl in Nordrhein-Westfalen investieren, die hier aber auch vermietungsfähige Immobilien halten, die selbst Eigentum bauen und es selbst nutzen.

Wir haben es unter einem Dreiklang von „sicher, sauber und bezahlbar“ in Einklang mit Themen wie „Flächenverbrauch“, „Klimaanpassung“ und „Energieeffizienz“ gebracht. Darauf lege ich auch, offen gesagt, großen Wert.

Wenn Sie mir, Herr Abgeordneter Becker, vorwerfen, die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hätte das Wohnen verteuert, dann sage ich jetzt mal ganz

ehrlich: Wenn es eine Regierung gibt, die Wohnen verteuert hat, dann war es die SPD-mitgeführte Bundesregierung. Und was bei Ihnen im neuen Koalitionsvertrag steht, macht es nicht billiger, um das mal sehr deutlich zu sagen.

(Beifall von der CDU)

Wir haben in der vergangenen Woche auf der Bauministerkonferenz nicht umsonst die Möglichkeiten genutzt, die Nordrhein-Westfalen hat. Ich bin froh, dass die 16 Bauministerinnen und Bauminister der Bundesrepublik einer Auffassung waren, dass wir nämlich beispielsweise die einseitige Fokussierung auf das Dämmen endlich ad acta legen und stattdessen die bestehenden technischen Möglichkeiten und Innovationen nutzen wollen, um den Gebäudebestand energieeffizienter zu machen.

Wir haben deutlich hinterlegt, dass es immer nett ist, wenn das Umweltbundesamt seine Sanierungsrate von 1 % veröffentlicht, die aber nicht zur politischen Steuerung taugt, weil sie nichts aussagt – weder über die Sanierungstiefe noch über die Sanierungswirksamkeit. Sie sagt nichts darüber aus, wie viele Treibhausgasemissionen wirklich eingespart worden sind.

Deshalb ist diese Sanierungsrate als politische Steuerungsgröße für Investitionen im Gebäudebereich, offen gesagt, völlig irrelevant. Ich empfehle dringend, davon Abstand zu nehmen. Selbstverständlich können Sie Gebäude so sicher und sauber bauen, wie Sie das vorhaben, aber dann werden sich die Menschen das Wohnen nicht mehr leisten können.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das ist kompletter Quatsch, und das wissen Sie auch! Quatsch und quätscher!)

Das ist mit einer CDU-FDP-geführten Landesregierung nicht zu machen, weil Wohnen Daseinsvorsorge ist.

In dieser Landesregierung kommen mindestens zwei Dinge zusammen: Auf der einen Seite geht es uns darum, wie wir moderne Wohnverhältnisse schaffen, und auf der anderen Seite um die langfristige Wirtschaftlichkeit, und zwar sowohl für diejenigen, die bauen, als auch für diejenigen, die Eigentum erwerben, als auch für diejenigen, die mieten.

Es ist die besondere Leistung dieser Landesregierung, die nicht einseitig auf sicher oder sauber schaut, sondern immer fordert, dass es für die Menschen bezahlbar sein muss, weil die Frage der Bezahlbarkeit von Wohnen eine der entscheidenden Fragen in unserer Gesellschaft ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nehmen Sie die Ergebnisse der öffentlichen Wohnraumförderung: Nordrhein-Westfalen gehört zu den wenigen Bundesländern in der gesamten Republik, die die Mittel umsetzen. Dass Sie das aus Oppo-

sitionsgründen nicht anerkennen können, lasse ich mal dahingestellt, aber es ist de facto so.

Nehmen Sie die Erleichterung, die wir im Rahmen unserer Möglichkeiten im Bauordnungsrecht und im Bauplanungsrecht geschaffen haben, soweit wir das vonseiten des Bundes dürfen. Wir haben all das und neue Initiativen auf den Weg gebracht, um Grundstücke bebaubar zu machen, denn anders können ein immer höherer Anteil von Baugenehmigungen für Wohngebäude und höhere Fertigstellungszahlen nicht erreicht werden.

Die SPD hebt immer auf das Jahr 2016 ab. Ich wäre froh, wenn Sie es irgendwann wirklich selbst leid wären, weil es einfach so was von falsch ist. Sie rechnen immer die Zahlen mit hinein, die sich auf die Erstellung von Flüchtlingsbauten beziehen.

(Andreas Becker [SPD]: Die habe ich doch herausgerechnet!)

Das habe ich Ihnen schon das letzte Mal vorgehalten: Nach Ihrer Auffassung löst man die Probleme in den besonders nachgefragten Städten Köln, Bonn, Münster und Düsseldorf anscheinend mit Wohnheimen. Das ist Ihre Vision, denn im Jahr 2016 haben Sie die hohen Genehmigungszahlen erreicht, weil Sie zwangsläufig Wohnheime haben bewilligen müssen, weil Menschen Unterkunft gebraucht haben.

Wenn Sie ehrlich wären, würden Sie das herausrechnen. Dann würden Sie sehen, dass das einfach nicht passt,

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

weil wir 2014 und 2016 eine Sondersituation im Zusammenhang mit der Asylzuwanderung hatten. Menschen brauchen eine Unterkunft, und die bauen wir dann auch; das haben wir alle zusammen gemacht.

(Andreas Becker [SPD]: Sie haben nicht zugehört! Ich habe das herausgerechnet!)

Sie können nicht solche Jahre mit normalen Jahren vergleichen, in denen wir diesen Effekt nicht haben. Ich gebe es auf; Sie werden das weiterhin machen. Ich werde aber nicht müde, dass dann auch geraderücken.

(Andreas Becker [SPD]: Das ist aber falsch! – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

– Nein, das ist schon geraderücken, Herr Abgeordneter Schmeltzer.

(Lachen von der SPD)

Dieser Haushalt bietet selbstverständlich Verlässlichkeit. Dieser Haushalt bietet das klare Credo einer CDU-FDP-geführten Landesregierung, dass Wohnen Daseinsvorsorge ist. Wir werden genauso denjenigen auf die Sprünge helfen, die meinen, sie könnten mit Wohnraum in Nordrhein-Westfalen Schind-

luder treiben – Sie kennen meine Haltung – mit dem Wohnraumstärkungsgesetz und allem, was da ist.

Die Städtebauförderung und die Dorferneuerung sind verlässliche Investitionspartnerinnen und -partner an der Seite der Städte und Gemeinden, was, offen gesagt, landauf, landab geschätzt wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; damit kann ich die Debatte zu Teilbereich b) des Einzelplans 08 schließen.

Ich rufe auf:

c) Gleichstellung

Als erste Rednerin für die SPD-Fraktion eröffnet Frau Kollegin Butschkau die Debatte.

Anja Butschkau (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist der letzte Gleichstellungshaushalt, den die Landesregierung vorlegen wird.

(Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Mitnichten!)

Ein wenig ist das heute auch eine Bilanzierung der gesamten Legislaturperiode. Erneut erleben wir die Plan- und Konzeptlosigkeit der Landesregierung. Zunächst einmal kann man positiv auffassen, dass auch im aktuellen Haushalt der Mittelansatz für die Frauenhilfeeinfrastruktur deutlich erhöht wurde. Dafür unser herzlicher Dank.

Wenn man aber einen solchen Batzen Geld verteilen möchte, dann sollte man dafür auch einen Plan haben.

(Beifall von der SPD)

Auf den warten wir jetzt schon seit fast drei Jahren. Bereits im letzten Jahr haben Sie die Mittel für die Frauenhäuser und die Frauenberatungsstellen deutlich erhöht –

(Susanne Schneider [FDP]: Ja!)

verbunden mit der Ankündigung, die Zahl der Frauenhausplätze zu erhöhen und die Beratung auf Grundlage der Erkenntnisse einer Anfang 2019 in Auftrag gegebenen Bedarfsanalyse und einer zu entwickelnden Stufenkonzeption auszubauen. Anfang dieses Jahres kam dann noch die Ankündigung, dass ein NRW-Pakt gegen Gewalt aufgelegt werden soll. Ich bin schockiert, dass in diesem Jahr diese Analysen, diese Konzepte und diese Pläne immer noch nicht vorliegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Uns ist immer noch nicht erläutert worden, wie die zusätzlichen Mittel aus dem letzten Jahr und die, die jetzt dazu kommen, konkret und wirkungsvoll ausgegeben werden sollen. Ich sage es mal sehr deutlich: Wir fordern Transparenz über Ihre Vorhaben, Frau Ministerin Scharrenbach.

Gleichstellung ist weit mehr als die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Bei der Förderung der Gleichstellung in der Berufswelt versagt die Landesregierung von Anfang an: Keine eigenen Ideen, und pünktlich zum Ende der Legislaturperiode wickeln Sie nun, wie von uns immer vorausgesagt, die Kompetenzzentren Frauen und Beruf ab.

(Beifall von der SPD)

Klar, die EFRE-Förderung läuft aus. Wenn man aber gewollt hätte, dann hätte man auch hier eine alternative Finanzierung finden können, egal, ob über europäische Fördermittel – die neuen Förderbedingungen bieten hier unserer Einschätzung nach durchaus Möglichkeiten – oder auch durch eigene Landesmittel. Da sage ich mal: Die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung reicht uns in keiner Weise aus.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Wir sind der Meinung, dass die Beratungs- und Unternehmensnetzwerke, die in den letzten Jahren mit Fördermitteln entstanden sind, erhalten werden müssen, und zwar dauerhaft und vor Ort. Die vorhandenen Konzepte und Kompetenzen gehören ausgebaut und nicht zerstört.

Von einem neuen schlüssigen Konzept, das Sie angekündigt haben, sind wir weit entfernt, und das, was uns und übrigens den Kompetenzzentren bekannt ist, klingt sehr hanebüchen. Die vorgestellte Zwischenlösung, eine Weiterförderung bis Oktober 2022, ist nichts anderes als ein Sterben auf Raten, mit dem Sie die Verantwortung lediglich auf die nächste Landesregierung abwälzen möchten.

(Beifall von der SPD)

Das wollen wir nicht mitmachen. Deshalb haben wir mit unserem Änderungsantrag auch 5,34 Millionen Euro für den Fortbestand der Kompetenzzentren eingefordert.

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Ende der Legislaturperiode zeigt sich, dass die Gleichstellungspolitik der Landesregierung mehr Schein als Sein ist.

(Beifall von Inge Blask [SPD])

Es fehlt an Kompetenzen und dem politischen Willen, etwas nachhaltig zu verändern. Daher lehnen wir den Einzelplan 08 ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Butschkau. – Als nächste Rednerin hat

für die Fraktion der CDU Frau Abgeordnete Kollegin Troles das Wort.

Heike Troles^{*)} (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gleichstellungspolitik muss vor allem eins sein: nah am Menschen, verantwortungsbewusst und zielorientiert. Genau das haben sich die NRW-Koalition und die Landesregierung in den letzten vier Jahren zu Herzen genommen. Dazu gehört auch, Gleichstellung als Querschnittsaufgabe über Ressortgrenzen hinweg zu verstehen.

Niemals zuvor wurden deshalb so viele Ausgaben mit frauenpolitischem Bezug im Haushalt verankert. 115,9 Millionen Euro und damit rund 41 % mehr als im Haushalt 2017 stehen hierfür bereit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir können damit heute zu Recht sagen: Jeder Haushalt dieser NRW-Koalition von CDU und FDP war und ist ein frauen- und gleichstellungspolitischer Haushalt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Neben dem breiten Verständnis für die Frage der Gleichstellung ist es uns aber auch gelungen, endlich eine klare Linie in die Frauenpolitik dieses Landes zu bringen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ja?)

Seit Regierungsübernahme 2017 haben wir einen klaren Schwerpunkt im Bereich Gewalt gegen Frauen gesetzt. Wir haben die Mittel in diesem Bereich stetig erhöht und den Gewaltschutz deutlich gestärkt. Der vorliegende Haushalt führt diesen Weg konsequent fort. Insgesamt stehen im Jahr 2022 43,87 Millionen Euro für das Themenfeld „Gleichstellung“ zur Verfügung. Das entspricht einer Erhöhung zum Vorjahr von rund 7 Millionen Euro.

Wie gerade schon angesprochen, wird die Erhöhung schwerpunktmäßig richtig eingesetzt. 5,1 Millionen Euro mehr für den Schutz und die Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen. Damit stehen rund 35,3 Millionen Euro für die Absicherung der Frauenhilfeeinfrastructure bereit, um diese in Sachen Quantität, aber gerade auch Qualität langfristig abzusichern und darüber hinaus krisenfest zu machen.

Das ist wichtig zu betonen, weil es diese Landesregierung und unsere Ministerin waren, die die finanzielle Situation der Frauenhäuser in den letzten vier Jahren dauerhaft verbessern und die Zahl der Schutzplätze effektiv erhöhen konnten.

2018 wurde in einer Zielvereinbarung die Schaffung von 50 Plätzen bis 2022 vereinbart. Die Landesregierung hat natürlich Wort gehalten und sogar noch mehr neue Plätze als vereinbart geschaffen. Seit

2017 wurden damit 64 Schutzplätze mehr geschaffen, um Frauen vor Gewalt zu schützen und ihnen einen sicheren Zufluchtsort zu geben.

Für die gute Zusammenarbeit der Ministerin in diesem Feld mit dem Parlament, aber gerade auch mit den Trägern der Frauenhäuser möchte ich mich bereits jetzt ausdrücklich bedanken.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

An dieser Stelle möchte ich zudem auf die wichtige Pionierarbeit im Bereich der Bekanntmachung von Schutzeinrichtungen und Hilfsangeboten eingehen. Aktuell findet erstmalig die landesweite Aktionswoche „Gewalt an Frauen“ bis zum 27. November statt. Mit Aufklärungsvideos wird im Internet auf das Problem und auf Hilfsangebote hingewiesen. Die EXIT.NRW-Kampagne wirkt sichtbar in der Öffentlichkeit. Das sind alles wichtige Maßnahmen, damit endlich mehr über Gewalt gegen Frauen gesprochen wird und Opfer mehr über ihre Rechte und bestehende Hilfsangebote wissen. Auch dafür, sehr geehrte Frau Ministerin Scharrenbach, vielen Dank.

Die Bekanntmachung betrifft natürlich ebenso das Thema „Gewalt gegen Männer“. Im Frühjahr 2022 findet eine Aktionswoche statt. Auch für diesen wichtigen Bereich sieht der Haushalt 2022 eine Erhöhung von 300.000 Euro auf dann 1 Million Euro vor.

Erhöht um 40.000 Euro werden auch die Mittel für die Täterarbeit auf dann 950.000 Euro, um häusliche Gewalt nachhaltig und an der Wurzel anzugehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die NRW-Koalition von CDU und FDP hat die Frauen- und Gleichstellungspolitik ideologiefrei und pragmatisch angepackt.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Wir haben im Sinne aller gedacht, die von Benachteiligung betroffen sind. Das Wichtigste ist: Wir haben gehandelt und geliefert – für Frauen, für Männer, für Gleichstellung. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Troles. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Kollegin Paul das Wort. Bitte sehr.

Josefine Paul^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, und wir werden heute Abend noch ausführlicher die Gelegenheit haben, darüber fachlich miteinander zu debattieren.

Aber natürlich ist auch bei den Haushaltsplanberatungen der Gewaltschutz ein ganz zentraler Posten. Ja, es ist bereits erwähnt worden, es ist nicht weg-

zudiskutieren und es will auch niemand wegdiskutieren: Mit diesem Haushalt sind wir insgesamt bei 35 Millionen Euro, die für den Schutz von Gewalt betroffener Frauen zur Verfügung stehen. Das klingt haushalterisch erst einmal gut, und es ist haushalterisch die richtige Entwicklung, auch mit dem Aufwuchs von 5 Millionen Euro.

Aber – das ist auch schon angeklungen und darüber müssen wir endlich einmal vernünftig miteinander diskutieren – darauf sind Sie uns, sowohl die Ministerin als auch die Koalition, jede fachliche Antwort bislang schuldig geblieben.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und der SPD)

Denn die inhaltliche Entwicklung – das ist das zentrale Problem – der Frauenhilfeinfrastruktur hält mit der haushalterischen Entwicklung doch keineswegs Schritt. Sie haben Gelder in den Haushalt eingestellt, haben aber nie beantwortet, wofür Sie diese Mittel eigentlich verausgaben wollen. Nutzen Sie doch gleich einmal die Chance, Frau Ministerin, und erhehlen Sie uns das: Wie genau sollen die Mittel zur Verbesserung des Gewaltschutzes eingesetzt werden?

(Annette Watermann-Krass [SPD]: So ist es!)

Denn ich habe es bereits im letzten Jahr gesagt und wiederhole es: Wenn die Mittel des Gewaltschutzes am Ende in die globale Minderausgabe zurückfließen, dann ist dies wohl das schlechteste Zeichen, das den Frauen in diesem Land gegeben werden könnte.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich sehe, Frau Ministerin, Sie runzeln die Stirn. Stellen Sie endlich Transparenz her und sagen Sie: Wohin gehen die Mittel? Denn das kann bislang niemand wirklich nachvollziehen; das ist auch Teil des Problems.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wie steht es denn um die Frage des groß von Ihnen angekündigten Paktes gegen Gewalt? Aber das ist ja ohnehin ein Ausweis dieser Landesregierung: Es wird viel angekündigt, und am Ende wird relativ wenig umgesetzt. Mein Eindruck ist: Sie versuchen hier, auch gegen die Widerstände der Frauenhilfeinfrastruktur, der Fachszene, etwas durchzudrücken, was Ihren Vorstellungen entspricht. Aber sollte nicht ausschlaggebend sein, was notwendig ist und was auch aus der Landschaft zurückgemeldet wird?

Damit sind wir bei dem Punkt, den gerade auch Kollegin Butschkau angesprochen hat: Was ist eigentlich aus der Bedarfsanalyse geworden? Sie sollte ja immer die Grundlage der Weiterentwicklung der Frauenhilfeinfrastruktur sein. Nun sind Sie schon im letzten Jahr zurückgerudert und haben gesagt: Nein, nein, nicht die Bedarfsanalyse sollte hier die Grund-

lage sein, sondern die Dunkelfeldstudie – das haben Sie im letzten Jahr gesagt –,

(Zuruf von der SPD: Aha!)

in der es, ehrlich gesagt, gar nicht wirklich um die Frauenhilfeinfrastruktur geht, soll die Grundlage sein. Mein Eindruck ist, Frau Ministerin: Die Ergebnisse der Bedarfsanalyse haben Ihnen nicht gepasst, und dementsprechend muss diese Bedarfsanalyse jetzt leider in den Schubladen des Ministeriums verstauen ben.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: Ja!)

Ich möchte auch noch einmal sagen, da es Kollegin Troles gerade angesprochen hat: Ich habe den Eindruck, man kann die Frage der Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium und den Trägerstrukturen durchaus unterschiedlich bewerten. Ich habe nicht den Eindruck, dass man – gerade mit Blick auf die Aspekte, die ich skizziert habe, also den Pakt gegen Gewalt, aber auch die Diskussion um die Powerhäuser, die ja Bestandteil dessen sind, und die Frage der Bedarfsanalyse – auf beiden Seiten das Gefühl hat, man hätte ein gutes kommunikatives Verhältnis auf Augenhöhe. Diesen Eindruck habe ich eher nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Verlassen Sie also, Frau Ministerin, den Weg der Konfrontation. Verunsichern Sie die Landschaft nicht weiter und lassen Sie uns den Prozess der Weiterentwicklung des Gewaltschutzes mit den Akteurinnen gemeinsam aufnehmen.

Auch in anderen Bereichen muss man sagen: Zerschlagenes Porzellan ist kein gutes Vermächtnis dieser Legislatur, unabhängig davon, wer in der nächsten Legislaturperiode die Regierungsmehrheit stellt. Wir wissen um die nicht eingelösten Versprechen der Arbeitswelt, dass wir alle in dieser Gesellschaft noch vor Herausforderungen stehen.

Ein ganz schlechtes Signal ist in diesem Zusammenhang, dass die Landesregierung nun die Kompetenzzentren Frau und Beruf quasi abwickeln will. Mag sein, dass es insbesondere dem Koalitionspartner FDP schon lange unter den Nägeln brennt, dies einmal zu tun. Nichtsdestotrotz ist es ein schlechtes Signal, auch wenn klar ist, die EFRE-Mittel laufen aus. Die Weiterentwicklung wird auch durch die Kompetenzzentren selbst angestrebt. Aber schaffen Sie doch Planungssicherheit, um diese Prozesse vernünftig organisieren und initiieren zu können, damit man sich im nächsten Jahr auf den Weg machen und diese Strukturen weiterentwickeln kann. Das, was Sie jetzt tun, ist, Porzellan zu zerschlagen, und Sie schaffen wieder Unruhe und Verunsicherung.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und der SPD)

Stichwort: gemeinsam und Frauenförderung. Eine der zentralen Errungenschaften der schwarz-gelben Landesregierung ist die Quasi-Schleifung der Quoten- und Frauenförderung im öffentlichen Dienst. Das, muss ich sagen, ist ebenfalls ein schlechtes Zeichen für dieses Land, denn für Frauen ist der öffentliche Dienst ein attraktiver Arbeitgeber; aber leider stoßen sie auch hier an gläserne Decken. Auch dort haben Sie nichts eingelöst, Sie haben nichts geliefert.

Ich will Ihnen nur noch einmal vortragen, was Roland Staude, der Vorsitzende des DBB NRW dazu gesagt hat: Bei Amtsantritt habe er die Zusage gegeben, das Problem der Unterrepräsentanz von Frauen zu lösen. Seither sind fast vier Jahre vergangen – die Aussage ist vom Sommer –, und die Zusage ist noch offen. Mit Blick auf die verbleibende Zeit rechnen wir auch nicht mehr mit einer entsprechenden Initiative. – Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Josefine Paul¹⁾ (GRÜNE): Ja, der Haushalt ist konsequent, aber konsequent in die falsche Richtung.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Paul. – Für die FDP-Fraktion hat nun Frau Kollegin Abgeordnete Schneider das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich ein wenig auf die Beiträge der Opposition eingehe, möchte ich vorwegschicken: Vor meiner Tätigkeit hier im Hohen Haus war ich lange, lange berufstätig – in verschiedenen Bereichen, auch in der Wirtschaft.

Wenn Sie jetzt wieder die Kompetenzzentren Frau und Beruf aufführen: Nach dem Wegfall der EFRE-Mittel – die ein nicht unerheblicher Posten waren, um diese Einrichtungen zu finanzieren – ist es doch nur legitim, dass man einmal hinschaut und fragt: Was haben diese Kompetenzzentren gebracht? Dann sieht man: Es gibt welche, die einen guten Job gemacht haben, und es gibt welche, die nicht ganz so ergiebig waren. Bevor wir das ganze Geld, das EFRE vorher ausgemacht hat, aus dem Landeshaushalt noch einmal hier draufpacken, sollte man erst einmal schauen: Wo stehen wir denn? Wie kann es weitergehen, und wie kann man das alles optimieren?

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Was mir persönlich fehlt, ist der Schrei nach einem Kompetenzzentrum „Mann und Beruf“, oder „Jungs

und Beruf“, weil, wie wir alle wissen, die Jungs immer noch die Bildungsverlierer sind.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ach, Frau Schneider, der hat so einen Bart!)

Auch da hat unsere Landesregierung zwar schon viel auf den Weg gebracht, aber es gibt immer noch gut was zu tun.

(Beifall von der FDP und der CDU – Josefine Paul [GRÜNE]: Hätten Sie machen können, ist ja Ihre Ministerin!)

Zur Bewältigung der Coronaherausforderungen gab es erneut Mittelserhöhungen, damit die Beratungs- und Interventionsarbeit auch unter Beachtung und Einbehaltung der allgemeinen Präventionsmaßnahmen aufrechterhalten werden können.

Zur Abfederung der Akutfolgen hat die Landesregierung mit einer Coronasoforthilfe auf die besonderen Anforderungen reagiert. 2020 und 2021 wurden Zuschüsse aus dem NRW-Rettungsschirm zur Aufstockung der Sachkostenpauschale für die allgemeinen Frauenberatungsstellen und für die Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt von über 2,5 Millionen Euro gewährt. Damit konnten notwendige Anschaffungen erfolgen und der Betrieb der Einrichtungen aufrechterhalten werden.

Außerdem konnten die erhöhten Sachkostenpauschalen für qualitätssichernde Maßnahmen, zum Beispiel Fortbildungen, Ausgaben im Zusammenhang mit Digitalisierung und für Arbeit mit besonderen Zielgruppen verwendet werden.

2021 erhielt jede spezialisierte Beratungsstelle einen weiteren Coronazuschuss von 6.000 Euro pro Einrichtung – jede Beratungsstelle. Die strukturellen Schwächen der Unterstützungssysteme, die durch die Coronakrise hervorgerufen wurden, konnten so aufgefangen werden.

Nordrhein-Westfalen bezieht klar Stellung gegen Zwangsheiraten – mit Plakataktionen, einem Kampagnenspot, der auch auf den Monitoren des ÖPNV zu sehen war, und zahlreichen Flyern. Mit dieser breit angelegten Öffentlichkeitskampagne wurden Aufmerksamkeit für dieses wichtige Thema geschaffen und Hilfsangebote vermittelt. Beratungsstellen sollen in ihrer Arbeit effektiv unterstützt und aktuelle Problemlagen zeitnah erfasst werden.

Auch die Datenlage zum Thema „Zwangsheirat“ soll verbessert werden. Ein wichtiger Schritt war auch der von NRW initiierte Beschluss auf der 31. Gleichstellungsminister- und -ministerinnenkonferenz, Heiratshandel strafrechtlich zu verfolgen. Dabei wird die Bundesregierung aufgefordert, eine Prüfung der strafrechtlichen Rahmenbedingungen zur Sanktionierung von Heiratshandel zu erwirken.

Auch beim äußerst sensiblen Thema „weibliche Genitalbeschneidung“ wurde die Aufklärungs- und

Informationsarbeit intensiviert. Das Pilotprojekt YUNA für ein selbstbestimmtes und unversehrtes Leben von Mädchen und Frauen wird fachlich eng begleitet – gerade auch im Hinblick auf die Auswirkungen der Coronakrise. Der Schwerpunkt dieses Projekts wurde von der Durchführung von Präsenzveranstaltungen auf die digitale Fortbildung von Fachkräften gelegt.

Im weiteren Projektverlauf sollen Mädchen und junge Frauen als Multiplikatoren gegen weibliche Genitalbeschneidung qualifiziert werden. Auch die Rolle der Männer soll im Rahmen des Projekts thematisiert werden. Entsprechende Informationsveranstaltungen sollen konzipiert und das Informationsangebot weiter ausgebaut werden. Natürlich wird darüber hinaus der Runde Tisch gegen Mädchenbeschneidungen in Nordrhein-Westfalen fortgesetzt.

Zwei besondere Herzensthemen von mir möchte ich noch hervorheben. Für die Anonyme Spurensicherung, kurz ASS, gibt es 2022 erneut Fördermittel, um die örtlichen Kooperationen zu unterstützen und neue ASS-Angebote in bislang unterversorgten Regionen zu etablieren. Außerdem sollen die Angebote der Anonymen Spurensicherung breiter im Gesundheitssystem verankert werden. Die Landesregierung wird auch über die gesetzlichen Grundlagen hinaus Bedarfe wie Schulungen, Beratungen und Informationsangebote sicherstellen.

Das Hilfefon „Gewalt an Männern“ entwickelt sich zum Erfolgsmodell. Seit dem Start vor rund einem Jahr ist in mehr als 1.800 Fällen um Hilfe gebeten worden. Das entspricht in etwa sechs bis neun Anrufen pro Tag – bei leider steigender Tendenz. Mittlerweile wird dieses grandiose Angebot nicht nur von Nordrhein-Westfalen und Bayern finanziert. Seit dem 1. April ist auch Baden-Württemberg dabei.

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, auch bei dem diesjährigen Gleichstellungshaushalt wird deutlich: Die NRW-Koalition setzt weiter auf Modernisierung und Weiterentwicklung – ein echter Chancenhaushalt für alle Geschlechter in unserem Land. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schneider. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der AfD Frau Abgeordnete Dworeck-Danielowski das Wort.

Iris Dworeck-Danielowski^{*)} (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern wurde der aktuelle Bericht des Bundeskriminalamts zum Thema „Gewalt in Partnerschaften“ veröffentlicht. Der Bericht zeigt auf: Die häusliche Gewalt nimmt nicht ab.

Vorrangig sind nach wie vor Frauen als Opfer betroffen, aber auch Männer werden Opfer. Die Gruppe ist mit nahezu 20 % größer, als die breite Öffentlichkeit vermutlich annimmt. Von daher ist es richtig und gut, dass die Frauenhilfe-Infrastruktur weiter ausgebaut wird. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir, dass auch die Hilfen für Gewalt an Männern ausgebaut werden.

Was jedoch offenkundig nicht gelingt, ist, dass die Gewalt weniger wird. Hilfe für Opfer ist gut und richtig; wichtiger wäre allerdings eine erfolgreichere Prävention.

Wenig präventiv für gewaltfreie Beziehungen waren die Maßnahmen zur Coronaprävention. Die regierungstragenden Fraktionen haben zwar mit ihrem Antrag zum Code „Maske 19“ halbherzig genau dieses Thema „häusliche Gewalt zu Zeiten von Corona“ in das Parlament gebracht. Aber eine große Auswirkung hatte das Projekt wohl nicht, falls es denn überhaupt umgesetzt wurde. Ganz im Gegenteil: Gestern beschrieb eine Betreiberin eines Frauenhauses in der WAZ sehr anschaulich, was Lockdown und Homeoffice für Opfer von Gewaltbeziehungen bedeutet hat und möglicherweise auch wieder bedeuten wird – Zitat –:

„Die Männer haben ihre Arbeit verloren oder waren im Homeoffice, und die Frauen waren noch mehr unter Kontrolle und eingesperrt. Die, die es zu uns geschafft haben, standen unter großer psychischer Belastung und haben berichtet von noch schlimmerer Gewalt als vorher.“

Das heißt, auch im Sinne der Prävention von häuslicher Gewalt sollten Homeoffice-Pflicht, Lockdown, Isolation in den eigenen vier Wänden sehr kritisch betrachtet werden.

Darüber hinaus fördern Sie auch spezialisierte Beratungsstellen für Frauen und Mädchen, die von Genitalverstümmelung oder Zwangsheirat bedroht und betroffen sind. – Das finden wir grundsätzlich gut, aber die Berichte im Ausschuss von den unterschiedlichen Vereinen waren an einem Punkt doch sehr ernüchternd. Auch wenn Sie sich auf Ihren Gleichstellungskonferenzen usw. damit brüsten, dass das jetzt alles strafbar in Deutschland ist, findet die Strafverfolgung tatsächlich nicht statt.

Es ist nachvollziehbar, dass die betroffenen Frauen selbst ihre Familien nicht anzeigen. Das würde sie regelmäßig nicht nur in Gefahr bringen, sondern diese Frauen und Mädchen sind im Schoße ihrer geliebten Familie aufgewachsen. Wenn sie selbst den Rechtsweg beschreiten, dann müssten sie zum einen Menschen, die sie von ganzem Herzen lieben, anzeigen, und zum anderen wären sie dann hier in einem ihnen fremden Land völlig isoliert.

Deshalb ist es die Aufgabe von Politik, Polizei und Justiz, auch im Sinne dieser Frauen, Zuwanderern

aus dem afrikanischen und arabischen Raum unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen, dass Zwangsheirat und genitale Verstümmelung in Deutschland kein Kavaliersdelikt sind. Vielleicht sollte das auch in den Sprachkursen und in der ganzen Willkommensindustrie fester Bestandteil werden.

Wer hier in Deutschland Fuß fassen will, kann nicht nur die Vorzüge einer liberalen Gesellschaft genießen, sondern muss sich glaubhaft von seinen archaischen und frauenverachtenden Bräuchen für immer verabschieden. Wer das nicht kann, der ist nicht integrationsfähig und braucht hier in Deutschland auch keine Bleibeperspektive. Es kann nicht sein, dass die Zahl der von Genitalverstümmelung betroffenen Frauen in Deutschland kontinuierlich wächst. Dieses Brauchtum hat mit unserer Kultur nichts gemein.

Was allerdings in jeder Kultur schon immer allgegenwärtig war, ist die Prostitution. Mit einer sehr eindrucksvollen Anhörung wurde im vergangenen Jahr ein Antrag zum Sexkaufverbot ausgiebig beraten und in diesem Haus sogar einstimmig verabschiedet. Unter anderem sollten auch Ausstiegsprogramme mit breiten Mitteln gefördert werden, und es wurden weitere Hilfeleistungen für die betroffenen Personen gefordert. Diese Mittel habe ich in diesem Haushalt vermisst. Aber vielleicht wollte Ministerin Scharrenbach auch nur die demonstrierenden Damen vor dem Landtag befrieden. Denn kurze Zeit nach der Verabschiedung hier im Landesparlament verkündete die Frauenunion auf Bundesebene einen gegenteiligen Kurs.

Wer Frau Scharrenbach hört, der weiß, dass den Frauen in NRW gar nichts Besseres passieren konnte als die Frauenhilfeinfrastruktur der Landesregierung. Da fließt Milch und Honig. Die Realität für die meisten Frauen – insbesondere im vergangenen Jahr – sah und sieht anders aus. Die Lebenssituation von Frauen hat sich nicht verbessert – ganz im Gegenteil.

Nicht nur aus diesen Gründen lehnen wir Ihren Haushalt ab. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dworeck-Danielowski. – Nun hat für die Landesregierung Frau Ministerin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach*, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fange mit einem Dank an den Landtag Nordrhein-Westfalen an. Ich finde es gut, dass es gemeinsam gelungen ist, dafür Sorge zu tragen, dass aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen – immerhin die

größte politische Landesvertretung in der gesamten Bundesrepublik – das Signal ausgeschiedt werden konnte, dass wir gegen ein Prostitutionsverbot sind.

Wir haben stattdessen sehr deutlich gesagt, dass wir zwischen Prostitution, Menschenhandel und Zwangsprostitution differenzieren wollen. Das ist auch richtig. Von daher zunächst einmal mein Dank an Sie für diese Entscheidung. Ich glaube, das war ein wichtiges und richtiges Signal, das aus Nordrhein-Westfalen in die anderen Bundesländer und auch auf Bundesebene gesendet wurde – ganz wichtig.

Kommen wir zum Haushalt. Viel ist gesagt, viel Richtiges, aber auch vieles, was man in der Meinungsauffassung – ich sage es jetzt einmal so – ausbauen kann. Wenn Sie wissen wollen, sehr geehrte Frau Abgeordnete Paul, wo das Geld geblieben ist, dann kann ich Ihnen nur sagen: Der Erläuterungsband zum Gleichstellungskapitel ist einer der umfangreichsten Erläuterungsbände, die Sie im gesamten Landeshaushalt vorfinden.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist richtig!)

Da können Sie das eigentlich sehr genau ablesen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Na ja!)

571 Schutzplätze haben wir von Ihrer Regierung übernommen. Über Jahre hinweg haben Sie die Anzahl der Schutzplätze für von Gewalt betroffene Frauen damals nicht ausgebaut. Wir sind jetzt bei 634 Schutzplätzen: plus 64. Es sind also 11 % mehr Schutzplätze in viereinhalb Jahren geschaffen worden,

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

nachdem Sie über Jahre nichts getan haben.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist Quatsch!)

Sie haben 0,0 % mehr Schutzplätze für Frauen geschaffen, die Opfer von Gewalt geworden sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben die Lücken geschlossen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Es weiß auch jeder andere, dass das Quatsch ist!)

– Frau Paul, Sie brauchen sich gar nicht so angegriffen zu fühlen.

Wir haben die Lücken geschlossen, die Sie im Bereich der Frauenberatungsstellen hinterlassen haben. Lückenschluss: In jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt gibt es mindestens eine Frauenberatungsstelle. Wir werden auch die Lücken im Bereich der sexualisierten Beratungsstellen schließen.

Wir haben die Lücken geschlossen, die Sie im Bereich der Gewalt gegen Männer hinterlassen haben. Sie haben ganz einfach noch nicht einmal hingeschaut, dass Sie eine Lücke im Gewaltschutzkonzept

haben. Wir haben hingeschaut, wir haben es aufgebaut und wir merken, dass es funktioniert. Denn auch Männer werden Opfer häuslicher Gewalt.

Sie wissen, dass die Gleichstellungsarbeit in einem Land im Wesentlichen immer mit Gewalt- und Opferschutz verbunden sein wird. Das ist ein zentrales Element. Denn Menschen, die Gewalt erleiden oder fürchten müssen, können nicht in Freiheit leben. Es kann uns deswegen nicht zufriedenstellen, dass wir immer wieder Menschen haben, die Opfer von Gewalt werden.

Aber deswegen ist es so wichtig, die Unterstützungsinfrastrukturen sicher und verlässlich aufzustellen, sie auszubauen, sie im Land verfügbar zu halten und sie auch zukunftsfest zu machen. Deshalb enthält der Entwurf für den NRW-Pakt gegen Gewalt ganz viele Zukunftselemente, die sinnvoll sind, sie miteinander auszutauschen und auf den Weg zu bringen.

Sie wissen, dass das Land Nordrhein-Westfalen im Sommer von der größten Naturkatastrophe in der Geschichte dieses Landes getroffen worden ist. Das hat einfach sehr viel Kapazität gebunden, aber wir wollen diesen Pakt noch abschließen. Ich gehe auch davon aus, dass wir diesen Pakt abschließen werden, weil wir inzwischen viele Träger haben. Dazu gehören auch Träger, die bisher nicht einbezogen waren, wie zum Beispiel der Weiße Ring, der uns gesagt hat: Das ist ein ganz toller Entwurf, weil er endlich Dinge zusammenführt, die bisher immer getrennt verhandelt wurden. Deswegen bietet dieser Pakt einen Ansatzpunkt, um darüber hinaus in der nächsten Legislaturperiode durch eine CDU-/FDP-geführte Landesregierung dann auch den NRW-Pakt gegen Gewalt weiter auszubauen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zu den Kompetenzzentren Frau und Beruf. Frau Abgeordnete Butschkau, ich habe Ihnen das schon im Ausschuss gesagt: Wenn Sie als SPD sofort deren Tod haben möchten, dann ist das mit der CDU und FDP nicht zu machen. – Wir tragen dazu bei, dass das Geld, das bei den Kompetenzzentren Frau und Beruf nicht ausgegeben werden konnte, noch einmal eingesetzt wird, um sie bis Oktober zu sichern und dann eine vernünftige Anschlusskonzeption zu finden. Denn in den ganz verschiedenen Facetten des Bereichs Frau und Beruf gibt es durchaus mehrere Anbieter außerhalb der Kompetenzzentren Frau und Beruf.

Man muss eben immer mal wieder fragen, ob die Struktur immer noch passend ist, ihren Zweck noch erfüllt und ihren Auftrag umsetzt oder wie wir es in die Zukunft gerichtet bekommen. Deswegen haben wir gesagt, dass wir die Themen viel breiter aufstellen wollen, und zwar auf der Landesebene, damit sie sichtbarer werden und im gesamten Land Nordrhein-Westfalen wirken.

Das werden wir mit den 16 Kompetenzzentren Frau und Beruf, die durchaus sehr unterschiedliche Ergebnisse haben, machen. Deswegen gehört es aus dem Verständnis von CDU und FDP heraus dazu, Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse zu sichern, wenn wir die Möglichkeit dazu haben. Wenn Sie als SPD das nicht wollen, dann sagen Sie das. Das haben Sie, Frau Butschkau, ja deutlich gemacht. Wir als CDU und FDP gehen so nicht mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern um. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Scharrenbach. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben 12:30 Uhr. Ich habe das Signal bekommen, dass trotzdem alle damit einverstanden sind, gleichwohl den Einzelplan 08 und die Änderungsanträge zur Abstimmung zu stellen. – Ich sehe keinen Widerspruch dagegen. Dann verfahren wir so.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15708, den Einzelplan 08 unverändert anzunehmen. Nichtsdestotrotz liegen Änderungsanträge vor, über die wir zunächst abstimmen.

Erstens lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/15725 – Neudruck – abstimmen. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und AfD. Gegenstimmen? – Gegenstimmen sehe ich bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Können Sie noch einmal die Nummer nennen? Ich habe sie nicht mitbekommen!)

– **Änderungsantrag** von CDU und FDP Drucksache **17/15725 – Neudruck**. – Zustimmung? – Bei CDU, FDP, AfD und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Von den Kollegen der SPD. Enthaltungen? – Keine. Ich stelle fest, dass der Änderungsantrag **angenommen** wurde.

Zweitens lasse ich über den **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 17/15726** abstimmen. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind CDU, FDP, Grüne und AfD. Gegenstimmen? – Von den Kollegen der SPD. Enthaltungen? – Keine. Ich stelle fest, dass der Änderungsantrag **angenommen** wurde.

Drittens lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/15745 abstimmen. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind die Abgeordneten der antragstellenden Fraktion. Gegenstimmen? – Gegenstimmen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt

es eine Kollegin oder einen Kollegen, die oder der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass **der Änderungsantrag Drucksache 17/15745 abgelehnt** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 08, Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung, und zwar in der soeben geänderten Fassung, also nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte diesem so geänderten Einzelplan 08 zustimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Gegenstimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen, die oder der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass **der Einzelplan 08 in der zweiten Lesung angenommen** wurde.

Eine Abstimmung steht noch aus, nämlich über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/14304. Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen empfiehlt in Drucksache 17/15583, den Gesetzentwurf Drucksache 17/14304 unverändert anzunehmen. Somit kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte dem Gesetzentwurf zustimmen? – Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Gegenstimmen? – Gegenstimmen von SPD und Grünen. Enthaltungen? – Enthaltung der Fraktion der AfD, im Übrigen keine weiteren Enthaltungen. Ich stelle fest, dass **der Gesetzentwurf Drucksache 17/14304 angenommen** und verabschiedet wurde.

Damit kommen wir zum nächsten Einzelplan, und zwar zu:

Einzelplan 14 Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15714 sowie den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/15736.

Ich eröffne die Aussprache zum ersten Teilbereich, nämlich:

a) Wirtschaft

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Sundermann das Wort.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir besprechen auch beim Einzelplan 14 sicherlich den letzten Haushalt, der von

einer schwarz-gelben Landesregierung eingebracht wird. Insofern ist es meines Erachtens ganz gut, sich mal ein bisschen anzuschauen, welche Bilanz vorliegt – vor allen Dingen, weil uns, auch mich persönlich, schon interessiert, was im Sommer des nächsten Jahres an uns übergeben wird.

Lassen Sie mich als Erstes auf eine Sache schauen, auf die auch Sie immer blicken, wenn Sie Ihre Wirtschaftspolitik bewerten, nämlich auf das Bruttoinlandsprodukt. Ich persönlich finde, dass das ein Stück weit eine Fetischbetrachtung ist. Nur auf das Bruttoinlandsprodukt zu schauen – eine rein quantitative Bewertung von Wirtschaft –, ist aus meiner Sicht eigentlich ein bisschen antiquiert. Weil Sie das aber immer so gerne machen, möchte ich Sie einmal mit den aktuellen Fakten und nicht mit aktuellen Prognosen konfrontieren.

Aktueller Fakt ist – entnommen dem Statistikportal des Bundes und der Länder –, dass Nordrhein-Westfalen im ersten Halbjahr 2021 im Bundesschnitt auf dem neunten Platz liegt und 0,7 % schlechter ist als der Bund.

Wenn Sie dann noch wissen möchten, wie Sie es von uns übernommen haben, sage ich für Sie zur Erinnerung gerne, dass Sie 2017 den sechsten Platz, 0,1 % schlechter als der Bund, übernommen haben. Das macht auch deutlich, wie Sie aktuell Nordrhein-Westfalen durch die Krise führen, meine Damen und Herren.

Wenn wir „Krise“ sagen, müssen wir natürlich auch über Corona reden. Wir haben schon in ganz vielen Diskussionen darüber gesprochen, wie wir als Nordrhein-Westfalen der Wirtschaft helfen können und sie unterstützen können. Ich möchte mit Ihnen gemeinsam einen Blick darauf werfen, wie wir als Nordrhein-Westfalen in diese Krise gegangen sind.

Als Erstes möchte ich auf den sicherlich immer noch wichtigen, vielleicht sogar wichtigsten, Teil der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen schauen: auf die Industrie. Die Industrie hat im Jahr 2019, im Jahr vor der Krise, ein Minus von 1,7 % gehabt, also ein Minus von 5,9 Milliarden Euro im Umsatz.

Wenn man sich anschaut, wie METALL NRW die Situation zur Jahreswende 2019/2020 bewertet hat, stellt man fest – ich zitiere –:

„Bei den Unternehmen der nordrhein-westfälischen Metall- und Elektroindustrie hat sich die Stimmung in der Beurteilung von wirtschaftlicher Lage und Erwartungen erneut weiter verschlechtert.“

Man muss an dieser Stelle also feststellen, dass wir nicht besonders gut in diese Krise hineingegangen sind.

Insofern sind auch die aktuellen Werte des ifo Instituts zum Geschäftsklima in der Industrie, die Ver-